Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11–12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 284

Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.50 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.– Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 15.–; monatlich 5.– Mk. Bestellgeld extra.

Halle, Freitag, den 3. Dezember 1920

Anzeigenpreis: Im achtgespalt. Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespalte[n]en Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

4. Jahrgang.

Steuerlast der Armen — Steuerscheu der Reichen.

Ein Strafgericht über die Rechtsparteien im Landtag — Kommunisten und Arbeitgeber.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Einbringung eines Antrags beschlossen, der die Regierung ersucht, auf dem Wege der Gesetzgebung die steuerliche Belastung der kleinen Lohn-, Gehalt- und Renteneinkommen in dem Maß zu mildern, indem die Kaufkraft des Geldes im Laufe des letzten Jahres gesunken ist. Dieser Antrag, der den Prinzipien einer sozialen Steuergerechtigkeit entspricht, wird gewiß im Reichstag lebhafte Debatten und bei der Regierung Widerstand hervorrufen. Ueber die furchtbare Schwere unserer Finanznot ist kein Wort zu verlieren, und es ist selbstverständlich, daß heute die allerbreitesten Kreise des arbeitenden Volkes die Lasten der direkten Steuern mit zu tragen bereit sein müssen. Es gibt aber eine Grenze, unterhalb derer die Steuereinziehung zur Grausamkeit wird. Hier ist aber auch die Grenze, wo sie für den Steuerfiskus unrentabel zu werden anfängt, denn die Erhebung von vielen kleinen Beiträgen, von denen ein Teil erst durch Zwangsvollstreckung, ein anderer gar nicht eingebracht werden kann, ist nicht nur unsozial, sondern zugleich unwirtschaftlich. Die Grenzen des Existenzminimums sind heute bei der steigenden Geldentwertung flüssiger denn je, eine Summe, die vor kurzer Zeit noch zum angemessenen Unterhalt ausreichte, mag heute nicht mehr genügen, das nackte Dasein zu fristen.

Den Gehalt- und Lohnempfängern, denen jetzt 10 Proz. ihrer Bezüge zu Steuerzwecken einbehalten werden, droht eine schmerzliche Ueberraschung, wenn auf Grund der Einschätzungen die Nachzahlungen beginnen sollen. In vielen Fällen wird das Geld einfach nicht aufzutreiben sein, weil es eben bis auf den letzten Rest aufgegessen worden ist. Das sind Verhältnisse, die auch in der größten Finanznot des Reiches berücksichtigt zu werden verdienen und über die man nicht mit schablonenhaften Vorschriften hinweggehen kann. Darin liegt die Berechtigung des sozialdemokratischen Antrages.

Die Arbeiterschaft ist, wie schon gesagt, bereit, ihren Anteil an den Steuerbürden mitzutragen, sie sieht aber mit steigendem Unwillen, wie sich Kreise, denen das Steuerzahlen viel leichter fiele, darum herumzudrücken bemüht sind. Der Steuerausschuß des Reichstags berät eben den Gesetzentwurf zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers, dessen erste Rate in zwei Teilen am 1. Februar und am 1. August 1921 entrichtet werden soll. Es soll ein Drittel der Steuer eingezahlt werden, wenn aber dieses Drittel unter dem Zehntel des Gesamtvermögens liegt, eine Zehntel des Gesamtvermögens. Von einem Vermögen von 1½ Millionen Mark werden demnach im nächsten Jahren 150 000 Mark einzuzahlen sein. Im Ausschuß unternehmen nun die Vertreter der bürgerlichen Parteien allerhand Quertreibereien, um die Vorlage zu hintertreiben oder wenigstens ihre Verabschiedung hinauszuziehen. Man erlebt das Schauspiel, daß Herr Becker von der Deutschen Volkspartei und Dernburg von den Demokraten Schulter an Schulter mit Herrn Helfferich kämpfen, so daß der Koalitionsminister Wirth seine Vorlage gegen die Vertreter der Koalitionsparteien verteidigen muß. Wer es über sich bringt, das hiesige Organ der Deutschen Volkspartei in die Hände zu nehmen, der lese die an erster Stelle der gestrigen Nummer stehende Rede des Abg. Becker-Hessen, die den unbemittelten Steuerzahler einfach zur Empörung herausfordert.

Man hat versucht, den Reichsbankpräsidenten Havenstein gegen den Reichsfinanzminister auszuspielen, weil man wußte, daß dieser eine Zwangsanleihe der beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers vorzieht. Herr Havenstein hat aber unter Wahrung seines grundsätzlichen Standpunktes erklärt, daß es jetzt gälte, die schwerste kaum ausdenkbare Katastrophe von unserer Wirtschaft und unserem Volke abzuwehren, und damit hat er sachlich die Position des Reichsfinanzministers noch gestärkt. Nun soll aber eine weitere Debatte darüber geführt werden, ob man nicht von der schleunigen Einziehung eines Teils des Notopfers absehen und lieber eine Zwangsanleihe auflegen solle. Dazu verlangt man den Reichswirtschaftsminister Scholz zu hören, obwohl das Kabinett sich für das Reichsnotopfer entschieden und mit der Vertretung dieser Vorlage ressortgemäß den Finanzminister beauftragt hat. Die Heranziehung des Herrn Scholz geschieht wieder in der Hoffnung, daß die Gegner des Reichsnotopfers in ihm gegen den Zentrumsdemokraten Wirth eine Stütze finden könnten. Die Dinge haben sich so zugespitzt, daß man im Reichstag schon von einer Krise im Reichsfinanzministerium spricht.

Die ungeheure Mehrheit des Volkes hat bei der Einziehung einer Vermögenssteuer nichts zu verlieren, und wenn der Reichsfinanzminister Wirth über diese Vorlage zu Fall käme, so könnte das unter Umständen eine ganz neue politische Situation im Reiche hervorrufen. Man erinnere sich gefälligst an den Kampf gegen die Reichserbschaftssteuer, den die Junker einst führten, auch er hat über einen Regierungssturz hinweg zu einer veränderten politischen Situation geführt. Die Pendelschwingung der politischen Stimmungen **ist in der letzten Zeit — wer kann es leugnen? — nach** rechts hinüber gegangen, die Steuerscheu der besitzenden Klassen kann einen neuen bedeutenden Ausschlag nach links hervorrufen. Die Merkmale zeigen sich schon sogar unter den Wählern, die von der sogenannten Aufbaupartei wirkliche Taten erwarteten und ihr deshalb am 6. Juni ihre Stimme gaben.

„Enteignung ohne Entschädigung".

Entgegnung auf den Artikel in der Nr. 533 der „Halleschen Zeitung":

In der rein landwirtschaftlich orientierten „Halleschen Zeitung" wird die neue Steuervorlage über Grundsteuer als Enteignung ohne Entschädigung bezeichnet. (Jede Steuer ist bekanntlich eine Enteignung ohne Entschädigung.) Man kann nicht umhin, dem Presseleiter für die Aufmachung dieses Artikels ein Lob zu spenden, so genial sind die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Nach diesem Artikel soll die Grundsteuer allen Bevölkerungsschichten gemeingefährlich und gemeinschädlich sein; die Steuer würde nur zur Abwürgung des Grundbesitzes benutzt, ebenso würde die Bemessung der Steuer nach dem gemeinen Wert eine schwere Erschütterung der Grundlage der Volksernährung sein. Hier kann man ersehen, wie skrupellos Propaganda gegen eine notwendige Steuer getrieben wird, sobald sie nur die landwirtschaftlichen Sonderinteressen berührt. Ich habe dieselbe Steuer in einem früheren Artikel in der „Volksstimme" unter dem Namen Umsatzsteuer, berechnet nach der Grundsteuer, vorgeschlagen; der Ertrag dieser Steuer sollte allerdings zum Ankauf ausländischer Lebensmittel und zur Senkung des Getreidepreises verwandt werden, jetzt muß diese Steuer schon zur Erhöhung der Beamten- und Angestelltenbesoldung dienen. Die Bemessung der Steuer hat unbedingt nach dem gemeinen Wert zu erfolgen, da nur dadurch die wüste Spekulation auf dem Grundstücksmarkt unterbunden wird und die Verschleierung von Vermögen nicht mehr wie in der jetzigen Weise möglich ist.

Selbstverständlich ziehen die landwirtschaftlichen Blätter dagegen los, da der Finanzminister endlich der Steuerscheu der Landwirte entgegentritt. Der von landwirtschaftlicher Seite gemachte Einwurf, die Steuer wird auf die Konsumenten abgewälzt, dürfte nicht möglich sein, da nur die Valuta die Preise der landwirtschaftlichen Produkte vorschreibe, niemals die Wohlanständigkeit der Minderheit der Landwirte. Die Preistreiberei in landwirtschaftlichen Produkten wird auf keinen Fall durch das Fallenlassen dieser Steuervorlage aufgehalten, im Gegenteil würde noch mehr die Spekulationswut gesteigert und unsere Valuta verschlechtert. Durch die Steuer wird aber erreicht, daß außerordentliche Leistungen der Betriebsleiter sich zum Nutzen der Allgemeinheit mehren und Salonlandwirte wieder verschwinden.

A. Kersten.

Die Oberschlesierabstimmung in Köln.

Die englische Regierung hat jetzt der deutschen Botschaft in London die Note übermittelt, in welcher Köln als Abstimmungsort für die außerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesier vorgeschlagen wird. Als Grund für diesen Vorschlag der alliierten Mächte wird die Besorgnis vor Ruhestörungen in Oberschlesien bei der Einreise so vieler Abstimmungsberechtigten angegeben.

Inzwischen haben aber auch die Polen gegen diese Absicht der Alliierten Protest erhoben.

Remele haftentlassen.

München, 2. Dez. Infolge des gestrigen Reichstagsbeschlusses auf Freilassung des Abgeordneten Remele wird die Münchener Staatsanwaltschaft die Haftentlassung vornehmen. Das Verfahren gegen Remele wird aber, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, seinen Fortgang nehmen. (Das Strafverfahren gegen Remele ist für die Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode des Reichstages aufgehoben. Es könnte höchstens nach deren Schluß seinen Fortgang nehmen. Red. d. V.)

Verhaftungen im besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 2. Dezember. Der „Südwestdeutschen Arbeiterzeitung" zufolge sind die Ortsgruppenleitungen der vereinigten Kommunistischen Parteien und der linken U. S. P. in Höchst, Worms und Mainz letzte Woche von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet worden. Als Grund gibt das Blatt kommunistische Propaganda im besetzten Gebiet an.

Die Berliner Hotelbesitzer haben gestern in einer Versammlung einmütig beschlossen, den Verband der Hotelbesitzervereine Deutschlands aufzufordern, einen Tag zu bestimmen, an dem sämtliche Berliner Hotels als Protest gegen das Vorgehen der Berliner Polizeibehörde, ihre Betriebe schließen und nicht eher wieder öffnen werden, bevor die Regierung Abhilfe geschaffen habe.

Fressende Löhne.

Von W. Scheinhardt.

Mit dieser Ueberschrift brachte die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" einen Artikel, worin der Verfasser die Löhne der Arbeiter für die hohen Preise und die Konkurrenzunfähigkeit unserer Industrie verantwortlich macht. Der Verfasser schreibt: „Ein Betrieb nach dem andern steht still, die Räder unserer Volkswirtschaft können sich seit Monaten nur mit Ach und Krach fortdrehen. Es hört sich an, als habe jemand einen Haufen Sand in die Maschinerie geworfen, so daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis sie *ganz* still steht."

Daß sich die Räder unserer Industrie nur noch mit Ach und Krach drehen, mag richtig sein, daran sind aber vorerst nicht die Löhne der Arbeiter schuld, sondern einzig und allein, daß man *Krieg* geführt hat. Der Krieg hat an das Volk und die Volkswirtschaft zu große Ansprüche gestellt. Neuanschaffungen an Arbeitsgeräten, sowie an technischen Einrichtungen sind in den meisten Betrieben während der Kriegsjahre nicht gemacht. Der Krieg hat den gesunden deutschen Wirtschaftskörper in einen kranken verwandelt. Diese Krankheit ist jetzt zu einer fressenden geworden. Die Unternehmer erblicken heute eine Genesung der Krankheit darin, daß die Arbeiterschaft auf eine weitere Erhöhung der Löhne *verzichtet* und daß in allen wirtschaftlichen Zweigen die Zwangswirtschaft aufgehoben wird. Also, freies Spiel der Kräfte. Unter diesen beiden Bedingungen soll es möglich sein, das Getriebe unserer Volkswirtschaft wieder in Gang zu bringen. Die Arbeitgeber wollen *über* den **Lohnabbau zum Preisabbau, die Arbeitnehmer dagegen über den Preisabbau zum Lohnabbau.** Infolgedessen haben wir uns mit den Arbeitgebern über diese Frage auseinanderzusetzen.

Die Frage des Lohn- und Preisabbaues wird zweifellos zu den schwersten Aufgaben unseres Wirtschaftslebens gehören. Die Arbeitgeber haben nicht immer die Ansicht vertreten, daß die hohen Löhne an dem Aufblühen unseres Wirtschaftslebens hinderlich seien. Noch vor 1½ Jahren sprachen sie anders, da wurde gesagt: „Die Löhne können wir schon bezahlen, die spielen nicht die bedeutendste Rolle. Die Hauptsache ist, daß die Arbeiter, wenn sie im Betriebe sind, auch arbeiten." Oft wurden die Gewerkschaften aufgefordert, das, was sie früher über den Achtstundentag gesagt hatten, nun auch einzulösen. Das ist geschehen. Die Arbeitsleistung hat sich im ganzen Deutschen Reiche bedeutend gehoben. Das wird auch von den Arbeitgebern bestätigt. Also der Vorwand, daß die Betriebsunkosten zu hoch seien, weil die Arbeiterschaft ihre Pflicht nicht erfüllt, ist weggefallen. Dieser Ausspruch der Arbeitgeber steht zurzeit nicht mehr im Kurs; infolgedessen muß man nach neuen Mitteln suchen. Die neuen Mittel sind die Löhne oder das Steigen unserer Valuta.

Da ist zunächst die Frage aufzuwerfen: Erhält der Arbeiter, den Zeitverhältnissen entsprechend, einen zu *hohen* Lohn? Seit Ende 1914 sind die Lebensmittelpreise im ständigen Steigen. Das gilt auch für die Bedarfsartikel. Bei dieser ständigen Aufwärtsbewegung ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Arbeiterschaft versucht, ihre Einnahmen zu *erhöhen*. Was eine Arbeiterfamilie, um leben zu können, in der Woche oder im Monat braucht, darüber braucht nichts gesagt zu werden, denn derartige Aufstellungen gehen ja täglich durch unsere Zeitungen. Nehmen wir an, daß der Durchschnittsverdienst eines *ungelernten* Vollarbeiters in der Industrie in der Stunde 5.25 Mk. beträgt. Hat er zwei Kinder, so wird er, wenn Steuern und Versicherungen in Abzug gebracht sind, bei einer 48stündigen Arbeitszeit in der Woche 219 Mk. verdient haben. Mit diesem Lohn ist es der Arbeiterfrau nicht möglich, den Hausstand in Ordnung zu halten. An eine ordnungsmäßige Bekleidung der Kinder kann nicht gedacht werden. Sind die notwendigsten Lebensmittel gekauft, so bleibt kaum etwas übrig, um die notwendigsten Arbeitskleider zu schaffen. Der Vorrat an Wäsche ist vollständig aufgebraucht, denn seit sechs Jahren sind Neuanschaffungen nicht gemacht. Um Hemden für Kinder herzustellen, haben tausende von Hausfrauen die Bettlaken und Bettüberzüge zerschnitten. In vielen Familien ist es so, daß nicht einmal jedes Familienmitglied seine eigene *Lagerstätte* hat. Infolgedessen ist der Arbeiter gezwungen, bei jeder sich bemerkbar machenden Steigerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel *höhere Löhne zu fordern*. Die oben angegebene Summe trägt der Arbeiter aber nicht jede Woche nach Hause. Es muß noch in Betracht gezogen werden, daß viele Betriebe mit *verkürzter* Arbeitszeit arbeiten. In vielen Betrieben beträgt die Arbeitszeit nur 24 oder 36 Stunden. Dadurch verringert sich natürlich der Verdienst um ein Viertel oder die Hälfte und langt nicht mehr zu, um die zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Lebensmittel zu kaufen. Es liegt also keine Ursache vor, von zu hohen oder fressenden Löhnen zu reden.

Bei der Beratung des Antrages *Wissell* im Reichswirtschaftsrat ist von Sachverständigen festgestellt, daß nicht die *Löhne*, sondern die *Rohstoffpreise* die hohen Warenpreise verursachen. **Die Sachverständigen, die in**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201203-18/fragment/page=0001
DFG

dieser Frage ihr Gutachten abgegeben haben, kennen auf alle Fälle die Verhältnisse der deutschen Industrie. Man wird dieses Urteil nicht beiseite schieben können. Es gibt in Deutschland Industriezweige, die nicht auf die Rohstoffe des Auslandes angewiesen sind. Diese wären in der Lage, ihre fertigen Fabrikate billiger abzugeben, aber Erzeuger und Händler haben sich während der Kriegsjahre an ziemlich hohe Gewinne gewöhnt, und können sich schlecht von den Kriegsgewinnen trennen. Auf einem Gebiete nach dem andern wird die Zwangswirtschaft aufgehoben, aber von einer Verbilligung der Lebensmittel kann man nicht sprechen. Vielmehr ist dadurch nur der Gewinnsucht Tor und Tür geöffnet. Durch die freie Bewirtschaftung aller Gebiete der Volkswirtschaft wird unter den gegenwärtigen Umständen die Lage der Arbeiter nicht verbessert, sondern verschlechtert. In kürzester Zeit werden wir sehen, daß die Aufhebung der Fleischkarte uns nicht vorwärts, sondern rückwärts gebracht hat. Butter- und Milchversorgung werden außerordentlich unter diesem Zustande zu leiden haben. Erhält die Landwirtschaft nicht die geforderten Preise für Milch, so werden die Viehbestände ins Schlachthaus wandern. Vor einigen Tagen ging eine Notiz durch die Presse, daß das Reichskleiderlager Nr. 34 in Halle a. S. in diesem Jahre 40 Prozent Dividende verteilt. Dort, wo die Aermsten der Armen ihren Bedarf an Kleider decken, scheut man sich nicht, derartige Gewinne einzuhamstern. In der Industrie liegen die Verhältnisse nicht viel besser. Ich halte es für unnötig, eine Gewinnliste der Industrie beizufügen. Es sind die fressenden Gewinne des deutschen Unternehmertums, die das Aufblühen der zusammengebrochenen Volkswirtschaft verhindern. Sie sind schuld, wenn sich die Räder der Industrie nur noch mit Ach und Krach drehen.

Eine weitere Frage ist die Konkurrenzunfähigkeit unserer Industrie. Die inländische Konkurrenz spielt dabei weniger eine Rolle. Es kommt hauptsächlich die ausländische Konkurrenz in Frage. Tatsache ist, daß die Industrie im Auslande die Rohstoffe billiger kaufen kann als wir, mit Ausnahme der Kohle. Diese ist im Auslande nicht billiger als in Deutschland. Es muß aber in Betracht gezogen werden, daß nicht alle europäischen Länder valutastark sind. Das gilt besonders für die Länder, die mit in den Krieg verwickelt waren. Auch diese müssen die Rohstoffe, die sie nicht im eigenen Lande haben, aus Amerika oder einem anderen Lande beziehen, so daß ein allzu großer Vorsprung hier nicht sein wird. Nun ist ja der deutsche Arbeiter nicht der schlechteste der Welt, sondern der beste. Das deutsche Volk schafft mehr als irgendein Volk der Welt. Das sind große Vorteile für die deutsche Industrie. Die Vorteile hat das Ausland nicht. An Lohn verdient der ausländische Arbeiter nicht weniger wie unser, sondern mehr. Nach den vorliegenden Nachrichten aus Nordamerika ist dort der Durchschnittslohn für einen ungelernten Arbeiter 4 Dollar den Tag. Das sind nach deutschem Gelde in Goldmark umgerechnet 16,80 Mk., also nach dem Stand unserer heutigen Papiermark 288 Mk. für den Tag. Der gelernte Arbeiter verdient bedeutend mehr. Diese hier angegebene Summe verdient der deutsche Arbeiter kaum in einer Woche. Der Amerikaner lebt unter besseren Verhältnissen als der Deutsche.

Will sich unsere Industrie konkurrenzfähig halten, so hat sie die Aufgabe, eine gute Qualitätsware herzustellen. Ist das der Fall, so hat sie auch Absatz im Auslande. Es liegt meiner Auffassung nach gar kein Grund vor, von fressenden Löhnen zu sprechen. Die Arbeiterschaft weiß sehr wohl, daß das Getriebe der deutschen Volkswirtschaft schwer erschüttert ist. Daß uns der Friedensvertrag von Versailles wie ein Bleiklotz um den Hals hängt, der uns nicht gestatten wird, in den nächsten Jahrzehnten grad und aufrecht zu gehen, der das deutsche Volk zwingen wird, seine Lebenshaltung noch weiter herabzuschrauben. Unter diesen Umständen können wir nicht dulden, daß eine Gruppe von Menschen sich riesige Reichtümer ansammelt, und dabei nicht daran denkt, ihre Lebenshaltung herabzusetzen. Wir fordern zunächst einen Preisabbau, dann kann mit dem Lohnabbau begonnen werden. Sollten wir einen anderen Weg gehen, so muß uns die Gegenseite erst den Beweis erbringen, daß sie auf jeden Gewinn Verzicht leistet und, so gut wie wir, nur im Interesse des Volkes arbeitet. Den Arbeiter zum Prügelknaben für unser wirtschaftliches Elend zu machen, unterlasse man so lange, als dieses nicht geschehen ist.

Biertimpel — Wilamowitz.

Ein Universitätslehrer schreibt dem „Vorwärts“:

Der Student Biertimpel, der jetzt beschuldigt wird, seinen hilfsbedürftigen Kommilitonen 15 000 Mk. entwendet zu haben, ist der Oeffentlichkeit nicht ganz unbekannt. Nicht nur spielte er mit seinem Freunde und Gesinnungsgenossen Eduard Meyer eine bisher immer noch nicht aufgeklärte Rolle beim Kapp-Putsch, sondern diese beiden Herren waren es auch, die seinerzeit die verlogene Hetze gegen Professor Nicolai in der Studentenschaft eröffnet haben. Es entbehrt nicht der Komik, wenn man sich der großartigen Worte von der deutschen Sittlichkeit und von der Würde der Universität erinnert, mit der Herr Biertimpel und Herr Meyer damals um sich warfen, allerdings war das, was sie an „Tatsachen“ vorbrachten, objektiv unwahr; wenigstens behauptet dies Professor Nicolai seit einem halben Jahr öffentlich, sowie in seinem offiziellen Anschlag am schwarzen Brett der Universität, und weder Herr Biertimpel noch Herr Meyer haben bisher Widerspruch erhoben.

In dieser Beziehung sind wir über einen seltenen, aber vielversprechenden Fall von Selbsterkenntnis heute zu berichten in der Lage. In richtiger Erkenntnis, daß es vor allem darauf ankam, Herrn Prof. Nicolai die Ehre abzuschneiden, hatte ein Mitglied der jüngeren Generation die Aktion des Senats gegen jenen aufgenommen und einen der besten Gelehrtennamen Deutschlands, welcher ihm rechtmäßig, nämlich durch Erbschaft, zukam, in die Wagschale geworfen. Er beschränkte sich darauf, die nicht ganz neue und schon von den damaligen Reaktionären gegen den wahren Patrioten Ernst Moritz Arndt aufgestellte Behauptung — der Gegner habe silberne Löffel gestohlen — mit Rücksicht auf die heutigen Marktpreise dahin zu variieren, das Objekt des Diebstahls seien echte Rindlederstiefel gewesen. Dieses Verfahren stellte gegenüber dem berüchtigten Senatsvotum einen unverkennbaren Fortschritt dar, insofern, als die Beschimpfung nicht mit eigens zu diesem Zweck entstellten Stellen aus Nicolais Schriften verbrämt zu werden brauchte. Ueberraschenderweise hat nun der Autor der neuen Version es verschmäht, die eingereichte Klage Nicolais zu benutzen, um seiner Behauptung vor Gericht eine weitere Resonanz zu geben, sondern es vorgezogen, Zeugnisse dafür beizubringen, daß er wegen besonders schwerer Geistesschwäche einer Gerichtsverhandlung nicht folgen könne. Mit diesem freimütigen Eingeständnis ist ein Urteil ausgesprochen, dem man nichts hinzuzufügen braucht.

Ein wirklicher Verräter.

Ein in der Arbeiterbewegung erfahrener Mann, und sei es der einfachste Arbeiter, schüttelt oft genug den Kopf über das vollständig sinnlose Handeln der Kommunisten. Jetzt liegt wieder ein solcher Fall vor. Der erste Bevollmächtigte des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes in Berlin, Wilhelm Schumacher, ein strammer Kommunist, hielt vor den Arbeitgebern ein Referat über: „Meine Reiseeindrücke in Rußland und meine wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen, die ich hieraus gezogen habe.“

Die „Freiheit“ berichtet darüber:

„Der zu der von der Berliner Gewerkschaftskommission entsandten Rußland-Delegation gehörende 1. Bevollmächtigte des Schneider-Verbandes, Schumacher, hielt vor den Koryphäen der Groß-Berliner Arbeitgeberschaft das aus Arbeiterversammlungen sattsam bekannte Referat über die Verhältnisse in Rußland, nur mit dem Unterschied, daß er diese Verhältnisse in diesem Kreise nicht so rosig zu schildern wagte, wie vor Arbeitern.

Die sich daran anschließende Diskussion ergab im allgemeinen eine dankbare Anerkennung der von Schumacher sicher gut gemeinten Ausführungen, ohne daß jedoch auch nur einer der Diskussionsredner den angeblichen Tatsachen-Berichten Schumachers Glauben schenkte. Insbesondere Geheimrat von Borsig zerpflückte die von Schumacher besonders über das russische Verkehrswesen gemachten Angaben. Ein anderer Redner betonte, daß er durch diesen Vortrag davon überzeugt sei, daß die Wirtschaftsweise in Rußland durch den Kommunismus nicht in Gang gebracht werden könne und nun erst recht gegen den Kommunismus vorgegangen werden müsse.

In einem sehr schwachen Schlußwort konnte Schumacher der Gegenrede Borsigs nicht entgegentreten und beschränkte sich auf allgemeine Redensarten, die wirkungslos verhallten. Dieser „Revolutionär“ zeigte vor den Gegnern der Arbeiterklasse keinerlei Rückgrat.“

Dazu bemerkt wieder die Freiheit:

Was hätte wohl die gesamte organisierte Arbeiterschaft in vergangenen Zeiten dazu gesagt, wenn ein Arbeitervertreter Vorträge vor dem Forum seiner schärfsten Gegner gehalten hätte? Was würden die ultraradikalen Neukommunisten und Kommunisten wohl sagen, wenn dieses einer der „Hilferdinge“ oder „Legiene“ getan hätte? Aber was denkt sich dieser „Revolutionär“ eigentlich dabei, wenn er vor den organisierten Scharfmachern Vorträge über seine russischen Erfahrungen hält. Gibt er sich etwa dem Glauben hin, diese Leute von der Notwendigkeit der kommunistischen Methoden überzeugen zu können? Führt der kommunistische Opportunismus wirklich zu dieser letzten, durch nichts zu übertreffenden Würdelosigkeit? Fühlt der Mann denn nicht, daß er hinabsteigt, indem er vor den Gegnern der Arbeiterklasse als eine Art Spaßmacher erscheint? Oder hat er gehofft, er werde Gelegenheit finden, dort bewundert zu werden? Dann um so schlimmer.

Wenn es sich nur um ein Privatvergnügen dieses Mannes handeln würde, so könnte es noch hingehen. Aber die Bewegung, an deren Führung Schumacher beteiligt ist, wird dadurch aufs schlimmste kompromittiert. Und dagegen erheben wir schärfsten Protest. Wir fordern die Arbeiterschaft gegen unsere sonstige Gewohnheit auf, Leute solchen Schlages, die durch ihre Handlungen beweisen, daß sie die Würde der ihnen anvertrauten Bewegung nicht zu wahren wissen, zum Teufel zu jagen.

Die wirtschaftliche Not der Beamten.

Uns wird geschrieben:

In der vor wenigen Tagen stattgefundenen Versammlung der Ortsgemeinschaft Halle des Justizbeamtenbundes Berlin (gewerkschaftliche Organisation) wurde nach Besprechung der allgemeinen Notlage der Beamten schärfster Protest erhoben gegen die vom Reichskabinett am 20. Nov. glatt abgelehnte Erhöhung der beweglichen Teuerungszulage.

Die Beamtenschaft ist so oft als festeste Stütze des Staates genannt worden. Diese Voraussetzung kann sie aber nur erfüllen, wenn sie so bezahlt wird, daß sie wirtschaftlich bestehen kann, wenn sie mit ihrer Familie nicht zu hungern braucht, wenn sie in dieser schweren Zeit nicht länger der wirtschaftlichen Verelendung preisgegeben wird.

Diesem, von den Regierungsstellen bereits anerkannten, Uebelstand wird nun leider nicht abgeholfen, sondern die Beamtenschaft wird immer nur mit schönen, aber leeren Worten und Versprechungen abgespeist, während die Not immer weiter wächst.

Die maßgebenden Stellen tun absolut nichts, um die Not der Beamten zu lindern. Die Regierung treibt ein gefährliches Spiel; es ist die höchste Zeit, daß sie einlenkt. So kann es nicht weitergehen. Die Beamtenschaft kann diese Notlage nicht länger ertragen und die Folgen fallen auf die maßgebenden Regierungsstellen, die die gewaltige Gärung in der Beamtenschaft, die größer ist, als zugestanden wird, nicht sehen wollen.

Es kann nicht Wunder nehmen, wenn die Zurückhaltung, die sich gerade die Justizbeamten bisher haben angelegen sein lassen, mehr und mehr zu schwinden beginnt, wenn die besonnenen und gemäßigten Elemente in der Beamtenschaft die Erregung unter ihren Kollegen nicht länger mehr beschwichtigen können und der Einfluß radikaler Kreise leider immer mehr an Boden gewinnt, und zur Anwendung von Mitteln auffordert, die bisher, wenigstens in der Justizbeamtenschaft, nicht üblich waren.

Wir müssen deshalb darauf bestehen, daß sofort außer dem Rahmen der jetzt zur Beratung stehenden Besoldungsreform mit den maßgebenden Stellen Verhandlungen darüber angeknüpft werden, daß die Teuerungszuschläge ganz erheblich erhöht und deren Zahlung bis längstens Mitte Dezember in die Wege geleitet wird.

Die Not der Beamten. Wie die „Voss. Ztg.“ aus Heidelberg meldet, ist ein Teil der Heidelberger Postbeamten (Unterbeamten) wegen Besoldungsfragen in die passive Resistenz getreten. Hierdurch sind große Verzögerungen im Postwesen eingetreten.

Der Bund der Landwirte und der Deutsche Landbund haben sich, wie berichtet wird, zu einer gemeinsamen Organisation, dem Reichs-Landbund zusammengeschlossen. Der Reichs-Landbund beginnt seine Tätigkeit am 1. Januar 1921.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848.

Von Wilhelm Blos.

(20. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Drittes Kapitel.

Geheime Triebkräfte.

Heinrich Thiel, der demokratische Schulmeister, nahm keinen schlechten Zorn aus dem fürstlichen Schlosse mit sich fort. Es kochte förmlich in ihm, denn er sah sich blamiert. Mit männlichem Mute war er vor den allmächtigen Fürsten getreten, allein seine Genossen, diese erbärmlichen Spießbürger, hatten ihn verleugnet, und schließlich hatte ihn eine fürstliche Maitresse dem Spotte preisgegeben. Grimmig ballte er die Fäuste und sprach knurrend die Verse Herweghs vor sich hin:

„Könnt' ich an einer Marmorsäule,
Ein Simson, stehn,
In meiner Faust Herakles' Keule
Zum Schwunge drehn,
Wenn die Paläste brechen —
O Gott, was hast du mir's versagt! —
Zu den Despoten sprechen:
Ich hab's gewagt!“

Schule wurde heute nicht gehalten, und der junge Mann lief ziellos durch die Straßen, ohne zu wissen, wohin er wollte und wohin er kam, während die Vorübergehenden ihm verwundert nachschauten und sich fragten, ob der Herr Lehrer denn übergeschnappt sei, denn er sah wie geistesabwesend drein. In einer engen, düsteren Straße mit niedrigen, halbverfallenen Häuschen aber blieb er plötzlich stehen, denn an sein Ohr schlug eine volle und kräftige Frauenstimme:

„Wohin, Herr Lehrer, wohin?“

Er fuhr auf aus seinem Brüten und sah in ein hübsches, freundliches Mädchengesicht, das sich aus einem Fenster zu ebener Erde beugte. Aus dem Hause vernahm man das Geräusch von im Gang befindlichen Webstühlen.

„Ah, guten Tag, Fräulein Karoline,“ sagte Thiel nicht ohne Verlegenheit. „Ich gehe spazieren.“

„In Frack und Zylinder?“ antwortete sie lachend. „Sie kommen von der großen Deputation, und da sind Sie, wie es scheint, noch ganz aufgeregt.“

„Kann sein,“ knurrte er.

„Ei, da kommen Sie doch herein!“ rief sie. „Papa und die Gesellen platzen ja schier vor Neugier, wie es gegangen ist!“

„Und Sie wohl auch?“

„Meinetwegen ich auch, wenn Ihnen dies Spaß macht. Aber kommen Sie!“

Er trat ein und trat in eine Stube, die zwar sehr groß war, aber wenig Raum für die Bewegung übrig ließ. Denn es standen vier Webstühle drinnen, und an jedem derselben saß ein bleiches Menschenkind und ließ das Schiffchen hin und her fliegen. In dem einen Webstuhl saß der Meister, Gottfried Steudel, selber, im anderen seine Ehefrau; in den übrigen Stühlen saßen zwei Gesellen. Daneben saßen drei kleine Kinder und spulten.

Alle sahen kränklich aus, denn der Meister, der früher noch nebenbei Landwirtschaft betrieben und sich ganz erträglich dabei gestanden hatte, war durch schlechte Zeiten zurückgekommen, und sein Ackerland war ihm verkauft worden. Nunmehr sollten die Webstühle ihn ernähren, und was die einbrachten, war zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel bei dem reichen Kindersegen, der, wie fast in jeder Weberfamilie, so auch hier vorhanden war. Ein Glück für die Familie war die älteste Tochter, die Karoline. Die hatte man in den Zeiten, da sich die Familie noch gut stand, etwas lernen lassen; sie war besser unterrichtet, als es Brauch bei den Töchtern armer Familien, und sie hatte das Sticken gelernt, wobei sie leidlich verdiente, denn sie war sehr begabt und konnte prächtige Muster erfinden und zeichnen. Was sie verdiente, lieferte sie treulich ab an die Ihren, die sonst manchmal nicht gewußt hätten, wovon leben, denn die Handweberei war damals auch schon, wie man sagt, auf dem Hund.

Die Weber sind ein eigen Völklein; wenn die Webstühle noch so laut klappern, lassen sich die Weber nicht stören und machen sich ihre Gedanken dabei. Sie denken nach über die Weltordnung, über Gott, über die Religionen, über den Staat und über den Unterschied von arm und reich. Mancher arme Weber hat sich schon eine ganz neue Weltordnung zurecht gemacht, und es hat früher das Sektenwesen viel Eingang bei ihnen gefunden, weil sie eben so gern „spintisieren“. In neuerer Zeit sind sie eifrig bei den Kämpfen um politische und soziale Befreiung, wenn das Elend nicht so groß ist, daß es sie gleichgültig und stumpf gemacht hat.

Der Schulmeister kam oft in diese Familie, denn der Meister Steudel war ein Demokrat und Freidenker; seine Gesellen aber waren in Frankreich gewesen und hatten von dort ein jeder sein Stückchen Sozialismus mitgebracht, nebelhafte Vorstellungen von einer besseren Gesellschaftsorganisation, wie sie zu jener Zeit im Schwange waren. Der Schulmeister unterhielt sich gerne mit ihnen.

„Ah, da kommt der Revolutionär im Frack!“ rief Meister Steudel, als Thiel eintrat. Die Gesellen lachten.

„Ihr habt gut lachen,“ meinte Thiel ärgerlich. „Ihr schimpft über Gott und die Welt, aber Ihr tut nichts.“

„Wir tun mehr, als die Polizei wissen darf,“ sagte verschmitzt der eine Geselle.

„Man spürt nur nichts davon.“

„Zu Hofe laufen wir nicht!“

„Ihr macht Eure große Revolution wohl in Euerer philosophischen Dachkammer droben!“

„Nur keinen Streit,“ mischte sich Meister Steudel nunmehr begütigend ein, „das können wir nicht brauchen. Jeder will das allgemeine Beste, der eine so, der andere so. Aber erzählen Sie doch, Herr Lehrer; wie war's beim gütigen Landesvater? Hat er geruht, seinen Untertanen die Freiheit zu verleihen?“

„Versprochen hat er sie einstweilen.“

„So, so! Versprochen! Und damit haben sich die guten Bürger begnügt?“

„Leider!“

„Und ohne alle Garantien! O wie sind doch unsere gebildeten Bürger so dumm!“

„Das hab ich auch gedacht und bin energisch aufgetreten. Aber meine Kollegen von der Deputation verleugneten mich.“

„Und?“

„Der Fürst ging ab, und schließlich kam die Spanierin aus einer Ecke und tanzte mir den Hut vom Kopfe.“

„Waa—a—a—a—s! Den Hut vom Kopfe herabgetanzt!“ schrie Meister Steudel. „Unbezahlbar. Aber ich hab's immer gesagt, das Weibsbild hat den Teufel im Leibe.“

Und er lachte unbändig. Die anderen lachten mit. Thiel ward immer ärgerlicher. Nicht einmal hier verstand man ihn.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201203-18/fragment/page=0002

Blockade über Fiume.

Rom, 2. Dez. Laut Meldung der „Agenzia Stefani" hat General Caviglia, da seine freundschaftlichen Vorstellungen erfolglos geblieben waren, auf Befehl der Regierung die Regentschaft von Fiume aufgefordert, ihre Truppen hinter die Grenzen des Staates Fiume zurückzuziehen. Da dieses Ersuchen wirkungslos geblieben ist, hat Caviglia die Regentschaft aufgefordert, die italienischen Kriegsschiffe nicht am Auslaufen aus dem Hafen von Fiume zu verhindern, und die Blockade über die Küste des Staates Fiume und die benachbarten Inseln und Gewässer verhängt. Die Blockade soll die Legionäre d'Annunzios hindern, die im Vertrag von Rapallo festgesetzten Grenzen zu verletzen, läßt aber den Handelsverkehr zu.

„Giornale d'Italia" meldet: Nach den letzten Nachrichten aus Abbazia wird die Lage in Fiume immer kritischer. Die Legionäre in Fiume gaben Gewehrschüsse auf das Boot des Generals Ferrari ab, und suchten ihn gefangen zu nehmen.

Aus Spanien.

Madrid, 1. Dezember. In Barcelona fand gestern ein Run auf die Banken statt, der anscheinend durch Devisenspekulationen hervorgerufen war und Zahlungsschwierigkeiten zur Folge hatte. Mit Rücksicht auf die Gesamtlage Kataloniens und den Kursstand der Peseta riefen diese Vorgänge hier Erregung hervor. Ein außerordentlicher Ministerrat beschloß das Eingreifen der Bank von Spanien, der durch ein königliches Dekret die erforderlichen Garantien gegeben wurden. Man hofft, das durch das Eingreifen der Bank Beruhigung geschaffen werde.

Madrid, 1. Dez. Der Gouverneur von Barcelona ließ gestern 36 verhaftete Syndikalisten nach Mahon (Balearen) bringen. Pressevertretern gegenüber erklärte er, die bisher vorgenommenen Verhaftungen hätten die Terroristen stutzig gemacht. Innerhalb weniger Tage würden weitere Maßnahmen erfolgen, die mit den Attentaten ganz aufräumen würden. Die sehr zuversichtlich gehaltenen Erklärungen des Gouverneurs haben anscheinend einen großen Eindruck hervorgerufen.

Keine Untersuchung der irischen Vorgänge durch den Völkerbund.

London, 1. Dez. Wie die englischen Blätter melden, erklärte Lloyd George im Unterhaus, die britische Regierung sei nicht geneigt, um eine Untersuchung der Lage in Irland durch einen Ausschuß des Völkerbundes nachzusuchen.

Lloyd George erwiderte schriftlich auf eine Anfrage, daß die britische Regierung der Völkerbundsversammlung keinerlei Vorschläge bezüglich der Abrüstung unterbreitet hat.

Gewerkschaftskonzentration in England

London, 2. Dez. Nach einer Reutermeldung hat eine Konferenz der Vertreter von 19 Gewerkschaften der Dockarbeiter, Wagenführer, Arbeiter auf Leichterschiffen, Hafenarbeiter usw. beschlossen, alle diese Organisationen zu einem großen Verbande zusammenzuschließen. Der Vorsitzende des englischen Transportarbeiterverbandes Gosling erklärte auf der Konferenz, dies sei eine der größten Fusionen organisierter Arbeiter, die jemals in der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung vorgekommen sei. Sie werde die Macht des „Dreibundes" der Transportarbeiter, Eisenbahner und Bergleute erhöhen.

Die Kohlenförderung Englands ist in der am 20. Nov. zu Ende gegangenen Woche um 435 100 Tonnen gestiegen.

Die Londoner Arbeitslosen haben außer in Tottenham in einem zweiten Vorort Londons das Gemeindehaus besetzt.

Das Problem der Nothilfe.

Von Dr. Werner Peiser.

Zwei Fragen stehen zurzeit innerhalb der Sozialdemokratie im Vordergrund des Interesses: die der Arbeitsgemeinschaft und die der Technischen Nothilfe. Während die Diskussion über die Arbeitsgemeinschaften, ihre Beibehaltung oder ihre Kündigung genwärtig von den verschiedensten Seiten beleuchtet wird und alle Für und Wider sorgsam erwogen werden, hat man sich mit der Frage der Technischen Nothilfe in der Arbeiterschaft weniger auseinandergesetzt, weil man von vornherein glaubte, sie aus prinzipiellen und taktischen Erwägungen ablehnen zu müssen.

Die Gründe, die zu dieser Stellungnahme geführt haben, sind bekannt. Die Technische Nothilfe soll bekanntlich dem Zweck dienen, die Verfassung zu schützen und in Zeiten der Gefahr die Republik zu sichern. Als Noske vor etwa 13 Monaten diesen Gedanken aufnahm, begegnete ihm sofort seitens der Arbeiterschaft entschiedenste Ablehnung dieses Planes, während das Bürgertum ihn freudig begrüßte und alles zu seiner Unterstützung auf Förderung tat. Daß dieses Verhalten unser Mißtrauen nur bestärken mußte, liegt auf der Hand. Wie immer, sind auch hier die Grenzfragen die schwierigsten. Zunächst einmal: die Technische Notilfe untersteht der Reichsregierung. In parlamentarisch regierten Ländern aber wechselt die Regierungen, und so kann die Technische Nothilfe heute das Instrument in den Händen einer ehrlich republikanischen, morgen aber einer reaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung sein. Wie wird sie sich in diesem Falle verhalten — das ist die Sorge, die jeder gewissenhafte Arbeiter sich vorlegen muß.

Nach ihren Statuten soll die Technische Nothilfe bekanntlich nur dann eingreifen, wenn eine Gefährdung des öffentlichen Interesses vorliegt, wenn Notstandsarbeiten verweigert werden, wenn Gas, Wasser, Elektrizität der Bevölkerung entzogen werden sollen. Selbst hier, da man der Arbeit der Technischen Nothilfe im Prinzip beistimmen zu können glauben sollte, erheben sich Schwierigkeiten und Zweifel. Nehmen wir den Fall an, es käme ein Rechtsputsch, bei dem die Reichswehr in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung zum größten Teil umfallen und auf die Seite der Feinde der Republik treten würde. Kann es nicht im Falle dieses höchsten Notstandes der Republik geradezu zur Pflicht werden, der aufrührerischen Soldateska und ihrer Führerschaft auch das letzte Mittel zu nehmen, ihre verfassungsfeindlichen Umsturzversuche in die Tat umzusetzen? Gerade die Absperrung von Gas, Wasser und Elektrizität kann das richtige Mittel zum richtigen Zweck sein.

Würde nun die Technische Nothilfe rein mechanisch in solchem Falle eingreifen, so würde sie hierdurch der verfassungsfeindlichen Reaktion Hesserdienste leisten und die Verfassung nicht schützen, sondern sie umstürzen helfen.

Das ist aber nur einer der Gefahrpunkte. Nehmen wir einen andern Fall an, der täglich eintreten kann: die Arbeiterschaft befindet sich in einem ihr von dem Unternehmertum aufgezwungenen Wirtschaftskampf. Sie kann diesen nur durchführen, wenn das feindliche Unternehmertum der Möglichkeit beraubt wird, sich auf anderem Wege Hilfe zu holen. Es kann sich um die Lahmlegung von Betrieben handeln, die für den betreffenden Wirtschaftszweig den Arbeitgebern im Augenblick nicht minder wichtig sind, wie Gas, Wasser, Elektrizität. Setzen wir ferner den Fall, daß die Regierung — ein Fall, der bei der gegenwärtigen rein bürgerlichen Regierung jeden Tag eintreten kann — sich auf die Seite des Unternehmertums stellt und die Technische Nothilfe herangeholt. Was wäre diese dann anders als die von der Arbeiterschaft mit Recht gefürchtete und bekämpfte Streikbrecherorganisation?

Man sieht also, daß man nur eine einzige Frage praktisch aufzuwerfen und bis in ihre letzten Konsequenzen durchzudenken hat, um sofort die großen Gefahren dieser Institution zu erkennen. Als ich vor einigen Tagen den Betrieb der Technischen Nothilfe in dem Elektrizitätswerk in Steglitz bei Berlin besichtigte, verhehlte ich denn auch keinen Augenblick mein starkes Mißtrauen gegen eine Einrichtung, die nur zu leicht in den Händen ihrer Befürworter zu einer Waffe gegen die Arbeiterschaft umgestaltet werden könnte. Ich kann nicht sagen, daß die mir gegebenen beruhigenden Zusicherungen meine starken Bedenken getilgt hätten. Diese vermehrten sich insofern, als festgestellt werden muß, daß in der Technischen Nothilfe gegenwärtig Universitätsprofessoren, Studenten, Landwirte usw. in einer Zahl vorteten sind, die nicht im geringsten dem Verhältnis ihrer Stärke zu dem der Arbeiterschaft entspricht, sondern diese um das Vielfache übertrifft. Es handelt sich also bei den „Arbeitern" in der Technischen Nothilfe gerade um Vertreter jener Gesellschaftsschichten, deren verbohrte Feindschaft gegen die Republik heute mehr als ein offenes Geheimnis ist, deren Kampf- und Rachegesinnung auf dem deutschnationalen Parteitage in Hannover erst wieder unverhüllt zutage trat.

Dennoch genügen diese Tatsachen nicht, um die Frage der Technischen Nothilfe als ein Thema beiseite zu legen, das für die Arbeiterschaft nicht von höchstem Interesse wäre. Wie mir die Leiter der Technischen Nothilfe versicherten, würden sie eine stärkere Beteiligung der Arbeiterschaft lebhaft begrüßen. Meine Zweifel, ob diese nicht durch ihre reaktionären „Kollegen" ebenso wie aus der Reichswehr herausgeekelt wuden, konnten trotz gegenteiliger Versicherung nicht zerstreut werden. Immerhin muß sonst gesagt werden: die Ablehnung der Technischen Nothilfe ist solange zwecklos, solange die Arbeiterschaft nicht aus sich heraus die Kräfte geschaffen hat, die sie zwecklos machen. Wir müssen die Technische Nothilfe in der Form, in der sie gegenwärtig besteht, ablehnen, dringend aber wäre es zu begrüßen, wenn die Arbeiterschaft wenigstens einmal den Versuch machen würde, in die Technische Nothilfe einzutreten, um auf diese Weise ein Instrument in die Hand zu bekommen, das dann im entscheidenden Augenblick nicht mehr gegen sie verwendet werden könnte. Der Kampf gegen die Nothilfe ist solange aussichtslos, wie wir nicht selbst die Voraussetzung zu seiner Gewinnung schaffen. Das aber können wir nur, indem wir die Nothilfe aus einer Institution der jeweiligen Regierung in eine solche der Arbeiterschaft umwandeln. Nur dann sind wir vor Mißbräuchen sicher, nur auf diesem Wege kann die „Expropriation der Expropriateurs" einsetzen.

Es soll nicht behauptet werden, daß der Versuch zu einem positiven Erfolg führen würde. Die Schwierigkeiten sind zu groß, und nur zu viele Gründe zu berechtigtem Mißtrauen sind für die Arbeiterschaft gegeben. Dennoch sollte man sich einmal leidenschaftslos überlegen, ob man nicht aus dem Stadium der unfruchtbaren Kritik in das der positiven Arbeit treten sollte, und so denen, die vielleicht im stillen hoffen, die Nothilfe zu ihren reaktionären Zwecken mißbrauchen zu können, im gegebenen Augenblick einen Strich durch die unsaubere Rechnung zu machen.

Gewerkschaftliches.

Der Beirat des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter gegen Moskau.

Der Beirat nahm Stellung zu den „Zersetzungsbestrebungen in den Gewerkschaften". Nach reichlicher Aussprache wurde die nachstehende Resolution mit 19 gegen 14 Stimmen angenommen:

„Beirat, Verbandsvorstand, Vertreter des Ausschusses und Redaktion des Verbandsorgans des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter sehen in den von Moskau aufgestellten Thesen, nach denen die Gewerkschaftsmitglieder verpflichtet sind, die Richtlinien für ihre gewerkschaftliche Tätigkeit nicht von den Zentralen der Gewerkschaften entgegenzunehmen, sondern an das Zentrum des Moskau gebunden sein sollen und in den von Lenin empfohlenen Grundsätzen, mit List, Schlauheit, illegalen Methoden, Verschweigen, Verheimlichung der Wahrheit usw. zu arbeiten, eine gewerkschaftsfeindliche Tendenz, die sie mit aller Entschiedenheit ablehnen und die zu bekämpfen für jeden Gewerkschafter Pflicht ist, der auf dem Boden der Einheit der Gewerkschaften steht.

Die oben genannten Körperschaften erklären nach eingehender Aussprache über die auch in den deutschen Gewerkschaften und in unserm Verband sich bemerkbar machenden zersetzenden Bestrebungen, daß die Leitung des Verbandes gegen diese Tendenzen mit allen ihr statutarisch zur Verfügung stehenden Mitteln anzukämpfen hat. Es kann nicht ruhig zugesehen werden, daß einzelne Mitglieder in unserm Verband Bestrebungen propagieren, die nicht nur eine Schädigung des Verbandes und eine Schwächung seiner Position gegenüber seinen natürlichen Gegnern, den Unternehmern, darstellen, sondern die in ihren letzten Konsequenzen auf eine Zerreißung unseres Verbandes hinauslaufen.

Die oben genannten Körperschaften warnen darum im Interesse der Schlagkraft unseres Verbandes vor der Propaganda dieser Bestrebungen und richten die ernste Mahnung an alle Verbandsmitglieder, sich nicht in ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit beirren zu lassen, sondern alle Versuche, Zwietracht und Uneinigkeit in die Mitgliedschaft zu tragen, auf das schärfste zurückzuweisen."

Für die 14 „Nein"sager erklärte deren Vorsitzender, daß auch diese durchaus auf dem Boden der Einheit der Gewerkschaften stehen, und daß sie alle Zersetzungsbestrebungen aufs schärfste bekämpfen wollen. Sie hielten jedoch die angenommene Resolution in ihrer Form für zu scharf. Sie hatten folgende Resolution eingebracht, die durch die Annahme der vorstehend erledigt war:

„Die am 18. November tagenden Körperschaften des Buchbinderverbandes, Beirat, Ausschuß und Verbandsvorstand verurteilen aufs schärfste alle Bestrebungen, die auf eine Zersplitterung der Gewerkschaften gerichtet sind. Ebenso alle syndikalistischen Tendenzen. Sie werden solche mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen, um die letzte Kampforganisation der Arbeiterschaft geschlossen zu erhalten."

Geschäftshaus **J. LEWIN** Marktplatz 2 u. 3.

Strickwaren

Kinder-Röckchen ohne Aermel Stück . . 11.25 9.75 5.00 **4.50**
Herren-Jagdwesten in vielen Farben Stück . . . 85.— 61.50 **49.50**
Damen-Westen schwarz Stück . . . 35.50 28.50 **19.75**
Kinder-Sweaters in vielen Farben Stück . . . 26.75 19.— **13.75**

Handschuhe

Damen-Handschuhe gestrickt Paar 19.75 13.75 **6.75**
Herren-Handschuhe gestrickt und Trikot Paar . 22.50 16.75 10.50 **9.85**
Damen-Handschuhe Trikot Paar . . . 27.50 21.50 **13.75**
Kinder-Handschuhe gestrickt Paar . . . . 9.85 6.75 **3.—**

Strümpfe

Damen-Strümpfe gewebt Paar . . 15.50 11.50 9.75 **8.50**
Herren-Socken halbere Qualitäten Paar 11.50 7.85 **5.75**
Damen-Strümpfe gestrickt Paar 15.50 16.50 **7.75**
Kinder-Strümpfe schwarz und farbig Paar 16.50 10.75 **5.50**

Aus der Fülle unserer **preiswerten Angebote** für den **Weihnachtstisch** führen wir an:

Barchent-Hemden

Männer-Hemden Stück 57.50 49.75 **42.50**
Frauen-Hemden Stück 52.— 49.75 **45.00**

Baumwollwaren

Hemdentuche bewährte Qualitäten Meter . . 17.50 15.50 **13.50**
Barchent-Bettücher schwere Qualitäten Stück . . 33.50 32.50 **29.75**
Hemdenbarchente gestreift und einfarbig Meter . . . 16.75 14.50 **11.90**
Bettzeuge geblümt und kariert Meter . . 24.75 19.50 **17.50**

Taschentücher

Kindertaschentücher weiß und mit Kante Stück 2.95 2.85 **1.38**
Herrentaschentücher weiß und mit Kante Stück 6.50 5.00 **3.25**
Damentaschentücher weiß und mit Kante Stück 5.00 3.90 **2.75**
Damentaschentücher gestickt Stück 6.50 4.75 **3.60**

Damen-Wäsche

Damenhemden aus feinem Hemdentuch, Achselschl. m. Lang. Stickerei Stck. 55.— 43.50 **36.—**
Tändelschürzen weiß, mit Stickerei Stück . . 16.50 12.75 **10.50**
Knie-Beinkleider prima Hemdentuch, mit Stickerei. Stck. 45.— 39.50 **35.00**
Blusen-Schürzen mit Besatz und Tasche Stück . . 36.50 32.50 **27.50**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201203-18/fragment/page=0003

Die Buchwoche

in der Aula der Klosterschule. Klosterstr. 9 geöffnet bis 8. Dezbr., nachm. v. 3 Uhr an, bietet neben der

Ausstellung und den Verkauf von Jugendschriften Heimatbücher Schlesiens

folgendes Programm für Erwachsene: Anfang abends 1/8 Uhr. Eintritt 75 Pfg.
Heute abend: Wilh. Busch in Wort und Bild.
Sonnabend: Ernstes und Heiteres aus deutschen Dichtungen. Fräul. Irma Grand.
Sonntag nachm.: Besichtigung und Unterhaltung.
Montag: Fidus in Wort und Bild. Herr Epp.
Dienstag: Buch und Mensch. Vortrag.
Sonnabend nachm. 3 Uhr für Kinder: Buschbilder. Eintritt 30 Pfg.
Mittwoch „ 4/6 „ „ „ Schattenbilder. „ 30 „

Anzüge, Ulster auf Abzahlung
Zahlungsweise wird nach Wunsch der Käufer eingerichtet.

Paul Sommer
Leipzigerstr. 14
1. u. II. Stock.

Küchen
Schlafzimmer
Schränke, Vertikos, Tische, Stühle, Bettstellen, Matratzen, Sofas
i. Stoff u. Plüsch.

Hering in Gelee Pfd. 4.–
Tilsiter Käse Pfd. 6.–
Palm-Butter Pfd. 17.–
feinstes reines Cocosfett.
Jagdwurst 1/4 Pfd. 3.50
Corned-Beef 1/4 „ 3.50
Siedewürstchen Paar 2.00

F. H. Krause
in allen Filialen.

Kurt Litzenberg
Abt. Verkaufsstelle
Gr. Steinstr. 11
Telefon 4025.

Eigene Erzeugnisse in Beleuchtungskörpern, Kochern, Platten Oefen in großer Auswahl billigst.

Gross-Wanderschau

Circus

Henny-Henry's
heizbarer Holzwinterbau
auf dem Rossplatz.
Tägl. abends 7 1/4 Uhr
Gala-Parade-Vorstellung
mit
Henry's Prachtl-Löwengruppe
Der Circusholzbau ist gut geheizt.
Vorverkauf: Tümmel, Riebeckplatz

Sämtliche
Wäscheartikel
Damen- und Kinder-
Paletots,
Blusen, Kostümröcke, Knaben-Anzüge, Mädchen-Kleider,
Kleiderstoffe,
Inletts, Federn, usw.
sowie
Möbel
gegen bar oder erleichterte Zahlungsweise.
Fr edrich Gronau,
Barfüsserstr. 16.

Irrigateure
Verband-Watte
Gummi-Bett-Unterlagen
Windelhos.
Spül-Apparate,
Ia. Gummi-Sauger
Gummi-Schläuche
sowie
sämtl. Bedarfs-Artikel
für
Wöchnerinn.
in großer Auswahl billigst.
Ferner:
Babywaagen
zum Wiegen (auch leihweise)
Kranken-Fahrstühle

Hugo Nehab
Nachf.
3 Gr. Ulrichstr. 3
Marktnähe.
Auf Firma und Hausnummer bitte genau zu achten!

Pelikan-Caramelbier

Ueberall erhältlich.
Freybergs Brauerei
Fernspr. 6065, 6418.

Die schönsten
Ulster
Raglan u. Schlüpfer
Paletots — Joppen
Anzüge — Hosen

Meine Schaufenster zeigen die neuesten Modelle u. billigsten Preise.
Julius
Hammerschlag,
Gr. Ulrichstr. 36

Goldene
Trauringe
in jeder Preislage.
Alexander Peto
(vorm. W. Hempel)
Halle (Saale),
Leipziger Strasse 83 am Turm).

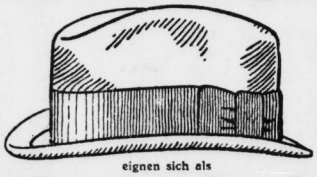
Runkel-Rüben
Ia. frostfrei, gibt ab
Eiverge e.G.m.b.H.
gr. Märkerstr. 5.

Billige Seefische
Grüne Heringe Pfund **2.90**
Schweinsfisch, Kabliau, Seelachs, Schellfisch,
Voll-Fett-Bücklinge 5 Pfd.-Kiste nur **27.–**
Karl Pfeiffer
Neumarktfischhalle
Geiststr. 33. Tel. 6658.

Wir kaufen
zu ständig. hoh. Preisen Rohprodukte all. Art:
Wolle,
Lumpen,
Papier,
Eisen,
Felle usw.
Treten mit jeder Konkurrenz an.
Günther & Co.,
Fell- und Rohproduktenhandlung,
Halle (S.), Graseweg 8. Tel. 6130
Hole auf Wunsch sofort ab.
Gerbe u. richte Felle zu, auch Fensterleder.

In einer Stunde Läuse vertilgen Sie unter **Garantie** Kopf- und Kleiderläuse. Brut Wanzen, Flöhe b. Mensch. u. Tier „Ekolda", p. gesch. M. Wand. unschädl. Verk. Schurig, Steinweg 10, Reilstr. 37. Ammendorf, Halleschestr. 34

Unsere billigen



eignen sich als

Weihnachts-Geschenk

Wir empfehlen:

Haar- u. Filz-Hüte	55–	58–	62–	65– M. etc.
Woll-Velours				58– M.
Glocken-Hüte	65–	72–		78– M. etc.
Velour-Hüte	82–	88–		95– M. etc.
Mützen				von 9.50 M. an.

Wir garantieren für
nur erstklassige Qualitäten
mit echtem Leder.

Abteilung Damen-Hüte:

Velourettes in allen Farben	68– Mk
Velour-Hüte	98– Mk.
Gestickte Schleier in allen Farben	15– Mk.

Stroh- und Filzhut-Fabrik
Herold & Schröder
33 Grosse Steinstrasse 33.
Telephon 4536.

Welcher Herr

wünscht sich nicht zu Weihnachten ein praktisches Geschenk? Wir bringen solche in riesiger Auswahl zu besonders billigen Preisen.

Verg'leichen Sie unsere Preise!

Rauch-Joppen warme mollige Stoffe . . Mk. 228.– 152.– **100.–**

Schlafröcke schöne, mollige Flausch-Stoffe . . . . Mk. **228.–**

Fantasie-Westen dunkel und hell gemustert, einfarbige Tuche Mk. 138.– 98.– **69.–**

Gestreifte Hosen Kammgarn, neueste Muster . . . . Mk. 110.– **94.–**

S. WEISS AM MARKT

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Der **Saftverkauf**
auf dem Hofe der Zuckerfabrik Brehna findet bis Weihnachten statt.
Unruh, Kaufmann.

Dauerhafte
Portemonnaies
in prima Leder u. jeder Ausführung sehr preiswert
Lederwaren-Spezialgeschäft
H. Krasemann
nur Schmeerstr. 19.

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu mäßig. Preisen
Gottfr. Schraut,
Uhrm.
nur Schmeerstr. 4

Frauen
Nicht verzweifeln bei Regelstörung, Blutstockung. Mein einzig es wirksames unschädliches Spezialmittel hilft sofort ohne Berufsstörung. Garantie in jedem Falle. Geld zurück. Auch Sie werden mir dankbar sein. Verlangen Sie noch heute umsonst Prospekt Nr. 13 von P. Schwärecke Hettstedt.

Eine für jeden Arbeiter u. Angestellten erschwingliche Ausgabe sind die preiswerten und guten Bände der
„Bibliothek aller Völker"
von nur guten Schriftstellern:
Bd. 1. Theodor Storm, Immensee.
Bd. 2. Leo Tolstoi. Die Kreutzersonate.
Bd. 3. Honoré de Balzac, Die Geheimnisse der Prinzessin Cadignane.
Bd. 4. Adalbert Stifter, Der Hochwald.
Bd. 5. Björnstjerne Björnson, Abialoms Haar.
Bd. 6. Theodor Storm, Der Schimmelreiter.
Jeder Band nur M 2.20.
Verlag der Volksstimme,
Gr. Ulrichstr. 27.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen

---

Apollo-Theater
Tägl. Anf. 7 Uhr!
„Der Juxbaron".
Hierauf Blanvalet's
Naturalist.-Phantast.-Ballett.
18 Tänzerinnen.
Der **Venusberg.**
Das Gastspiel dauert nur wenige Tage!
Vorv. 9—1 u. 1/2 5—6.

Stadttheater
Sonnabend. d. 4. Dez. Anf. 7 1/2, Ed. 10 1/2 Uhr
Der Waffenschmied.
Sonntag nachmittag:
Der Biberpelz.
Sonntag abend:
Der Zigeunerbaron.

B. B.B. **Beth's Bunte Bühne**
Erstes Kabarett am Platze.
Heute
Großer Retto-Abend
Verstärktes der Bedeutung des Tages angepasstes Programm
10 Uhr: Festprolog gesprochen von Oscar Burger
Morgen Sonnabend 12—3 Uhr Retto-Nacht-Cabarett.

Bücklinge billig!
Heute eingetroffen
1 Waggon (1300 Kisten)
Allerfeinste grosse Kieler
Fettbücklinge 550
das Pfund nur Pfg.
Die Kiste mit 5 Pfd. Inhalt nur 25.50.
Nach auswärts nur Bahnversand mindestens 3 Kisten.
„Nordsee"
Deutschlands grösster Fischhandel
Telefon 5904, 1275 und 1274.
Sonnabend früh eintreffend
1 Waggon 8200 Pfd. frische Seefische
zu bekannt billigen Preisen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201203-18/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Ortsvorstandssitzung. Heute abend 6 Uhr im Parteibureau wichtige Sitzung über eine dringliche Angelegenheit.

Distrikte 6, 7 und 7a. Sonnabend, den 4. Dezember, abends 7½ Uhr im Bürgerkasino Distriktssitzung. Referent Genosse Vetter.

Arbeiter-Jugend. Heute abend 7 Uhr treffen sich die Genossinnen und Genossen im Mozartheim (Gutemplerheim). Da die näheren Einzelheiten der Weihnachtsfeier festgelegt werden sollen, ist es Pflicht jedes Einzelnen, zu erscheinen.

Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle 3. Dezember 1920.

Sitzung des Haushaltsausschusses.

Beitritt zum Arbeitgeberverband Sachsen-Anhalt. — Schulgelderhöhung. — Aenderung der Besoldungsordnung.

Der Magistrat fordert in einer Vorlage den Beitritt zum Arbeitgeberverband der Städte und Kreise von Sachsen-Anhalt. Die Linke war sich klar darüber, daß ohne Einblick in die Satzungen eine Zustimmung unmöglich sei. Der deswegen gestellte Vertagungsantrag wurde abgelehnt und mit denselben Stimmen die Annahme der Vorlage beschlossen.

Nachdem der preuß. Staat die Schulgelder an den höheren und Mittelschulen wesentlich erhöht hat und in Anbetracht der städtischen Finanzlage, die unter den jetzigen Umständen eine weitere Belastung nicht vertragen, hat auch der Magistrat beschlossen, die Schulgelder wie folgt zu erhöhen:

1. An höheren Schulen:
für hiesige Schüler für das 1. Kind auf 500 Mk., für das zweite Kind auf 450 Mk. und für jedes folgende auf 400 Mk. Für auswärtige Schüler betragen die Sätze 600, 500, 400 Mk.
2. An Mittelschulen:
für hiesige Schüler 160 Mk. für das 1. Kind, 140 Mk. für das 2. Kind, 120 Mk. für das 3. Kind; für auswärtige Schüler 200, 180, 160 Mk. Weitere Kinder sind schulgeldfrei.

Nach der Magistratsvorlage sollte die Schulgelderhöhung Rückwirkung vom 1. Oktober haben. Weiter ist vom Magistrat beschlossen worden, in Anbetracht dessen, daß ein erheblicher Prozentsatz von Eltern wahrscheinlich nicht in der Lage sein wird, den vollen Betrag aufzubringen, von dem Gesamtaufkommen an Schulgeld statt bisher 4 Prozent an höheren, 7 Prozent an Mittelschulen, künftig 10 Prozent an allen Schulen für Nachlässe oder volle Befreiung bereitzuhalten. Im Haushaltsausschuß war man sich klar darüber, daß die Erhöhung der Schulgelder äußerst unerwünscht sei, daß es aber keine Möglichkeit gebe, dem aus dem Wege zu gehen, namentlich nicht, nachdem der Staat hiermit den Anfang gemacht habe. Auch der Rückwirkung wurde schließlich unter dem Vorbehalt zugestimmt, daß diejenigen Schüler davon ausgenommen sein sollten, deren Umschulung infolge der Erhöhung am 1. April erfolgen muß. Weitergehende Wünsche, z. B. vom Deutschen Rentnerbund, die eine Staffelung verlangen, wurden abgelehnt; es soll auf Antrag in jedem Falle geprüft werden, ob ein Schulgeldnachlaß oder Befreiung eintreten kann. Die Vorlage wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Gegenüber dieser Vorlage, die eine interessante Aussprache über Kulturideale auslöste, traten natürlich die anderen an Bedeutung weit zurück.

Zur Beschaffung von Lehrmitteln für das zweite Lyzeum wurden zu den schon im Etat bereitgestellten 3000 Mk. noch 4000 Mk. aus Kap. XXIV, 14 nachbewilligt. Der Herr Regierungspräsident hat gegen den Teil der Besoldungsordnung, der die Kleiderzuschläge regelt, Einspruch erhoben und verlangt Anpassung des Textes an die Reichsbesoldungsordnung. Dem wurde zugestimmt.

Für die Umpflasterung der Toreinfahrt zum Alters- und Pflegeheim in der Beesener Straße wurden 500 Mk. bewilligt.

Für Anschaffung eines Bottichs für die Wäschereianlage des Alters- und Pflegeheims werden 2700 Mk. angefordert. Er soll in Monierkonstruktion ausgeführt werden. Bezeichnend ist, daß die Reparatur des alten mit 3000 Mk. veranschlagt war. Die Vorlage wurde angenommen.

Ebenfalls im Alters- und Pflegeheim sind die Fenster in der Kochküche auszubessern und teilweise zu erneuern. Die erforderlichen Kosten von 3100 Mk. werden aus Kap. XXIV, 14 nachbewilligt. — Eine Eingabe, die verlangt, die Kriegsbeschädigten von dem Zuschlag, der Sonntag abend nach 10 Uhr auf der Straßenbahn erhoben wird, auszunehmen, wird abgelehnt.

Die Anstellung eines Oberlehrers an der Oberrealschule, in der Hauptsache für den Gesangsunterricht, aber auch für wissenschaftliche Stunden wurde zugestimmt. — Für die Fertigstellung des Urnengartens auf dem Gertraudenfriedhof sind noch 50 000 Mk. erforderlich, deren vorschußweise Entnahme aus Kämmereimitteln bewilligt wurde. — Die Reinigung der Rohrkanäle im Riebidstift erfordert rund 1000 Mk., deren Entnahme aus Kap. XXIV, 14 zugestimmt wurde.

Zur Ausschußwahl für die Allgemeine Ortskrankenkasse.

Für die am Sonntag, den 5. Dezember stattfindende Ausschußwahl sind von Arbeitnehmerseite bekanntlich zwei Vorschlagslisten eingereicht und zwar Liste I vom sogenannten christlichen Gewerkschaftskartell und Liste II vom freien Gewerkschaftskartell. Bei früheren Ausschußwahlen zu den Krankenkassen, war es üblich, daß unter den freien Gewerkschaftsangehörigen einmütig für ihre Liste Agitation getrieben wurde. So müßte und sollte es nun erst recht auch diesmal der Fall sein. Leider scheint nun aber diesmal ein größerer Teil freier Gewerkschaftsmitglieder mit der Liste II nicht ganz zufriedengestellt zu sein und zwar deshalb nicht, weil bei der Aufstellung dieser Liste nicht einwandfrei und zweckentsprechend verfahren worden ist. Wohl wurde in richtiger Weise nach dem Ausschreiben der Wahl seitens des Kassenvorstandes vom freien Gewerkschaftskartell aufgefordert, daß von jeder diesem Kartell angeschlossenen Gewerkschaft eine ihrer Mitgliederzahl entsprechende Anzahl Kandidaten ernannt werden sollten. Dies ging auch vor sich und die Vorschläge wurden dem Kartellvorstand übermittelt. Anstatt daß aber derselbe nun an der Hand dieser Vorschläge die Kandidatenliste aufgestellt hätte, hat er sich von gewisser Seite ins Bockshorn jagen lassen. Man drohte ihm damit, daß wenn das Kartell die bei ihm eingegangenen Vorschläge zur Aufstellung einer Liste heranziehen würde, daß man dann gezwungen sei, eine weitere Kandidatenliste einzureichen. Man verlangte von dritter Seite kategorisch, daß, wenn das Kartell keine Gegenliste gegen sich haben wolle, daß dasselbe dann die Vorschläge von neukommunistischer Seite in erster Linie berücksichtigen müßte. Um wohl der Oeffentlichkeit das Schauspiel der Zerrissenheit auch bei dieser Wahl nicht zu bieten, ging der Kartellvorstand auf die Forderung ein. Auf diese Weise kam nun aber eine Liste von Kandidaten zustande, die den gemachten Vorschlägen der freien Gewerkschaften zum weitaus größten Teile nicht entsprach. So wurden, um nur ein Beispiel herauszugreifen, einer größeren Gewerkschaft von ihren vorgeschlagenen Mitgliedern drei Viertel derselben gestrichen und darunter mit einer einzigen Ausnahme auch alle diejenigen, die schon seit mehr als zehn Jahren als Ausschußmitglieder tätig waren. Daß dieses eigenmächtige und unverständliche Verfahren nun nicht gerade Genugtuung in den Reihen vieler Kassenmitglieder hervorruft, das läßt sich ohne weiteres erklären. Dessenungeachtet sollen aber diese hier erörterten Tatsachen nicht etwa dazu dienen, diese Mißstimmung noch zu vergrößern, sondern vielmehr dazu beitragen, dieselbe so viel als möglich zu beseitigen. Wohl wäre es angebracht und nötig gewesen, daß der Kartellvorstand fest geblieben wäre und das getan hätte, wozu er verpflichtet war, und sei es auf die Gefahr hin gewesen, daß eine Liste III erschienen wäre. Man hätte ja dann die Kräfte in vorliegender Sache einmal messen können und sicher hätte dabei die reine freie Gewerkschaftsliste nicht schlecht abgeschnitten.

Nachdem aber nun der Kartellvorstand diesen blamablen Rückzug angetreten hat, so muß dies für diesmal eben hingenommen werden. Alle Mißstimmung muß beiseitegeschoben und einig und geschlossen für die Liste II gestimmt werden.

Mehrere Mitglieder der A. O. K.

•

Obigen Ausführungen können wir uns nur anschließen. Die Kommunisten haben bei der Aufstellung der Listen wieder einmal ein Bild davon gegeben, wie skrupellos sie überall verfahren, wo sie mit starken Gegenströmungen zu rechnen haben. Sie scheuen nicht davor zurück, die Meinung der Arbeiterschaft, die sich ihren diktatorischen Bestrebungen nicht unterordnen will, brutal zu vergewaltigen. Alle, die mit uns Bedenken gegen die aufgestellte Liste II haben, müssen sich jetzt geloben, dem Gewerkschaftsleben mehr denn je Interesse entgegenzubringen, damit endlich das selbstherrliche Gebaren der Neukommunisten gebrochen wird.

Retto!

Sonntag, den 5. Dezember, pünktlich ½12 Uhr, im grossen Saale der **Loge zu den drei Degen,** Paradeplatz

Morgenkonzert.

Mitwirkende:
Frau **Gertrud Meissner** geb. Schumann, Sopran
Herr **Ferdinand Ziegner,** Bariton
Herr **Otto Schwendler,** Cello,
Herr **Karl Klanert,** Klavier

Hallesche Liedertafel

unt. Leit. ihres Dirigenten, Herrn Chordirektor **Karl Klanert.**
Karten 5 Mk. (Sitzplatz) u. 2 Mk. (Stehplatz) bei **H. Hothan.**

Lumpentum.

Ein sozial denkender Lehrer erzählte in der „Leipziger Volkszeitung“ Folgendes:

Ich bringe nach dem Unterricht ein krankes Kind einer Proletarierfamilie nach Hause und erläuterte der Mutter, einem jungen Weibe mit mildem, schüchternem Ausdruck, wie man einen Umschlag macht. „Ach, Frau N., geben Sie mir doch einmal ein Handtuch. Zeigen läßt sich die Sache besser!“ Sie nimmt von dem Nagel an der Wand ein schmales, verschlissenes und nicht mehr ganz sauberes. „Frau N., das können wir dem Kinde doch nicht mehr umlegen. Wollen Sie mir wohl ein reines geben; da brauchte ich Ihnen nicht zwei naßzumachen!“ Da fliegt es wie ein dunkler Schatten über ihr stilles Gesicht. Sie sieht — denkt — zögert. Endlich geht sie in das Nebenzimmer, schwer und langsam. Nach längerer Pause tritt sie wieder ein und hält mit vor tiefster Verlegenheit niedergeschlagenen Augen und geröteten Wangen in der Hand statt des gewünschten Handtuchs einen — blauen leinenen Lappen. Das eine einzige Handtuch war dieser deutschen Hausfrau ganzer Linnenschatz.

Da dreht ihr Mann sich, der sitzend, nur mit Militärhose, Weste und zerrissenem Hemd bekleidet, von einem Papier weg irgend etwas ißt, zu uns und sagt mit Galgenhumor: „Ja, fast zwei Jahre arbeitslos, ein paar Kinder, das jüngste auf Zeitungspapier; wir sind ordentlich runtergelumpt! Aber, was glauben Sie, die feinsten Leute haben jetzt ihre Kleidersorgen. Da lesen Sie 'mal unten rechts! Und meine Frau kann's dann auch 'mal lesen; da kriegt sie mehr Sicherheit und Gewandtheit im gesellschaftlichen Auftreten!“ Damit reicht er mir das fettige Einwickelpapier. Ich halte eine Inseratenseite aus der letzten Nummer der Berliner „Lustigen Blätter“ in der Hand und studiere eine große zerknitterte Kavalierannonce:

> Soeben erschien in neuer Auflage (16. bis 21. Tausend) Paul Julius: Was ziehe ich an, mit zwei hochoriginellen, alphabetisch geordneten Kleidertabellen für alle Kleiderfragen. Nach diesen Tabellen allein ist jeder in der Lage, die Wahl der Kleidungsstücke (Anzüge, Hüte, Krawatten usw. vorzunehmen, die guter Geschmack und gesellschaftliche Tradition für die verschiedensten Gelegenheiten (Antrittsgesuche, Festlichkeiten, gesellschaftliche Veranstaltungen usw. vorschreiben. Die Ratschläge dieses Buches verleihen Sicherheit und Gewandtheit im gesellschaftlichen Auftreten und schützen vor Taktfehlern. 170 Seiten stark mit zahlreichen Abbildungen. Preis geheftet 10 Mark, gebunden 15 Mark. In allen Buchhandlungen. Verlag Dr. Eysler u. Co., Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 77.

Da fragte ich mich: Wo ist eigentlich das richtige Lumpentum? Bei solchen Reichen oder bei solchen Armen? Da wird nun im Religionsunterricht gepredigt: „Sorget nicht für euren Leib, was ihr anziehen werdet. . . . Nach solchem allem trachten die Heiden!“ Kein Wunder, daß ein denkender Mensch seine Kinder nicht mehr an solch bankrottem Unterricht teilnehmen läßt.

Der Volksblatt-Pharisäer.

In seiner Donnerstag-Nummer bezeichnet es das „Volksblatt“ als Gesinnungslumperei, daß der bisherige Kommunist Walter Gräfe, der beim Eisenbahnerverband angestellt ist, aus der Kommunistischen Partei ausgetreten sei, um seinen Posten behalten zu können. Wir wissen nicht, ob das der Beweggrund für Gräfes Austritt gewesen ist, oder ob er nicht erkannt hat, daß die ganze kommunistische Schaumschlägerei die Arbeiter nur ins Elend führt. Sollte aber das „Volksblatt“ seinen Ex-Parteifreund richtig eintaxiert haben, so hat es durchaus keinen Anlaß sich darüber zu entrüsten; denn es erntet nur, was es gesät hat. Die Notiz enthält übrigens noch ein zweites nettes Beispiel für die Heuchelei des Kommunistenblattes. Das „Volksblatt“ schreibt nämlich, es bekämpfe zwar Bürgerliche, Rechtssozialisten und Rechtsunabhängige, ehre aber deren Ueberzeugung, wenn sie aus reinen Herzen komme. Ist es schon ein ausgesuchter Witz, wenn ein A. Viktor Stern oder ein Werner Scholem von „reinen Herzen“ redet, so möchten wir wissen, wievielen der 5¾ Rechtssozialisten ein reines Herz zugebilligt wird. Bisher ist einer wie der andere von den Volksblatt-Pharisäern mit Unrat beworfen worden.

Scheidemanns Möbel

haben es der Rechtspresse angetan. Seit geraumer Zeit hat der ganze sozialistenfresserische Pressechor eine Verleumdung nach der anderen über unseren Genossen Scheidemann ausgeschüttet. Die „Hallesche Zeitung“ und die „H. Allgem. Ztg.“ durften natürlich bei dieser Hetze nicht fehlen. Auch sie brachten Notizen, worin sie ihren Lesern erzählten, daß Scheidemann seine Möbel auf unrechtmäßigem Wege erworben hat und knüpften daran allerlei freundliche Gedanken über unsere Führer, wie man sie eben von den Stinnesorganen und den Radaublättern der teutschesten Partei nur erwarten kann.

Am Dienstag fand nun in Kassel ein Prozeß in dieser Angelegenheit gegen einen der vielen Verleumder Scheidemanns, den Lederhändler Ludolph statt. Trotzdem sich der deutschnationale Rechtsanwalt Dr. Brill die erdenklichste Mühe gab, Kapital für die Reaktion aus diesem Prozeß zu schlagen, konnte er das Gericht von der Wahrheit der Beschuldigungen unseres Genossen nicht überzeugen. Der Staatsanwalt hatte nur eine Strafe von 500 Mark beantragt, das Gericht erkannte jedoch für den Verleumder eine solche von 1000 Mark. Das Gericht hat als erwiesen angenommen, daß die beleidigenden Worte gebraucht worden sind, es hat als nicht erwiesen angenommen, daß der Nebenkläger auf irgendwelche rechtswidrige Weise zu den Möbeln gekommen ist. Interessant war auch, daß der als Zeuge vernommene Beauftragte des Preußischen Finanzministeriums Kurt Heinig feststellte, der Vertrag sei für Scheidemann verhältnismäßig viel ungünstiger, als in den vielen anderen Fällen, in denen Möbel vom Finanzministerium an Beamte abgegeben wurden.

Wird die hiesige Presse der Rückwärtsler ihren Lesern den Prozeßbericht vorsetzen?

„Räte“ im höheren Schulwesen.

Die Lehrerschaft an höheren Schulen hat nach langen Bemühungen nun erreicht, daß der Oberlehrertitel, der einige titelsüchtige und von Standesdünkel erfüllte Herren noch zu sehr durch das Wort „Lehrer“ an Volksbildung erinnerte, nun durch eine kürzlich erschienene Ministerial-Verfügung gänzlich aufgehoben und an Stelle dessen für alle festangestellten Lehrpersonen durch die Amtsbezeichnung „Studienrat“ ersetzt worden ist. Das ist eine Titulatur, die insofern ganz widersinnig ist, als darin der wirkliche Beruf gar nicht mehr gekennzeichnet wird. Die noch nicht festangestellten Herren haben die ebenso unpassende Amtsbezeichnung Studienreferendar und Studienassessor, sind aber damit ihren Kollegen vom Gerichtswesen gesellschaftlich ebenbürtig. Für die Lehrerinnen an höheren Schulen gelten dieselben sinnlosen Bezeichnungen. Die Lehrerschaft an höheren Schulen hat damit erreicht, daß sie sich auch fein äußerlich von den Erziehern des Volkes unterscheidet. Trotzdem machen jetzt die Leiter der höheren Schulen auf Veranlassung der Provinzial-Schulkollegien krampfhafte Anstrengungen in Wort und Schrift und durch statistische Erhebungen, den Nachweis zu führen, daß sie nicht „Standesschulen“ sind. Merkwürdig ist auch, daß manche Direktoren, die in der Kriegszeit fanatische Bekämpfer jedes Fremdwortes waren und Angestellte und Schüler veranlaßten, förmlich Jagd auf Fremdwörter zu machen, mit Eifer für Verleihung dieser Titel-Fremdwörter eingetreten sind und als jetzige Studiendirektoren stolz auf ihren Stab von Oberstudienräten, Studienräten, Studienreferendaren und Studienassessoren sind.

Volksunterrichtskurse.

Anfang Januar 1921 beginnen die Volksunterrichtskurse nach dem Kriege ihre 4. Lehrgänge für jedermann. Sie bezwecken die Wiederholung und Ergänzung der in der Volksschule erlangten Kenntnisse. Auf der Sozial-Studentischen Tagung in München zeigte sich auf Grund der Berichte der Vertreter aus allen Gegenden Deutschlands, daß in Halle die Unterrichtskurse noch weiter ausgebaut werden müssen. Dieser Ausbau kann bei der freien Organisation unserer Kurse nur durch die Hörer selbst vorgenommen werden. Wer daran Interesse hat oder dabei mitarbeiten will, dem ist Gelegenheit gegeben die Organisation der Kurse u. a. kennen zu lernen in der Hörerversammlung der Volksunterrichtskurse am Sonnabend, den 4. Dezember, abends ½8 Uhr im Zeichensaal der Alten Volksschule, Neue Promenade 13. — In dieser wird ein Bericht über die Tagung in München gegeben, und im Anschluß daran werden die neuen Lehrgänge besprochen. — Jedermann ist willkommen. Eintritt frei.

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 6. Dezember 1920, nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung. 1. Errichtung einer Bergarbeiter-Siedlung. 2. Umlegung des Pflasters im Alters- und Pflegeheim. 3. Beschaffung eines Bottichs für das Alters- und Pflegeheim. 4. Instandsetzung von Fenstern für das Alters- und Pflegeheim. 5. Aenderung der Besoldungsordnung. 6. Beschaffung von Lehrmitteln für das Lyzeum. 7. Errichtung einer Oberlehrerstelle. 8. Einrichtung einer 7. Sprachheilklasse. 9. Schulgelderhöhungen. 10. Gesuch um Staffelung der Schulgelderhöhung. 11. Einspruch gegen Erhöhung des Schulgeldes für Mittelschulen. 12. Nachbewilligung für den Gertraudenfriedhof. 13. Mittelbewilligung für Reinigung von Rohrkanälen im Riebeckstift. 14. Beitritt zum Arbeitgeberverband Sachsen-Anhalt. 15. Gesuch betr. Straßenbahnbenutzung. 16. Antrag auf Teilung des Stadtgymnasiums. 17. Antrag auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt. 18. Gesuch um Verlängerung eines Mietvertrages. 19. Gesuch um Ueberlassung von Land für ein Heim. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Der Stadtverordneten-Vorsteher. Keil.

Herstellung von Kuchen in Bäckereien. Der Magistrat weist erneut auf folgende Bestimmung hin: Nach § 2 Abs. 2 der Verordnung vom 21. Oktober 1919 darf in Betrieben, in denen Roggen- oder Weißbrot gewerblich hergestellt oder feilgehalten wird, Kuchen oder Torte weder hergestellt noch feilgehalten werden; lediglich das Backen dieser Waren für Haushaltungen ist den Betrieben gestattet. Mehrfache Verstöße gegen diese Bestimmung geben uns Veranlassung, auf deren genaue Beachtung besonders hinzuweisen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark bestraft; auch kann neben der Strafe die Schließung der betr. Geschäfte angeordnet werden.

Mindestfahrpreise für Schnellzüge. Am 1. Dezember sind die bisher für Entfernungen bis 75 Kilometer für Schnellzugbenutzung festgesetzten Mindestfahrpreise von 51 Mark in 1. Klasse, 30 Mark in 2. Klasse und 15 Mark in 3. Klasse aufgehoben. Es werden bei Benutzung der Schnellzüge für Entfernungen bis 75 Kilometer nur die tarifmäßigen Schnellzugzuschläge von 6 Mark in 1. und 2. Klasse und 3 Mark in 3. Klasse erhoben.

Stubenbrand. Zur Beseitigung eines geringfügigen Stubenbrandes wurde die Feuerwehr nach der Gr. Ulrichstraße gerufen.

Vom Krämpfen befallen wurde ein wohnungsloser Arbeiter in der Ludwig Wucherer-Straße. Er mußte mit dem städtischen Krankenwagen dem Krankenhause zugeführt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201203-18/fragment/page=0005

Dieskau. In vorletzter Nacht wurden im Landgestüt Kreuz drei Ställe erbrochen und aus denselben 2 Ziegen und 12 Hühner gestohlen.

Freitod. In einem Anfall von Schwermut vergiftete sich ein Student in seiner Wohnung.

Seine Geliebte erschossen und sich selbst schwer verletzt. In letzter Nacht erschoß auf dem kleinen Exerzierplatz ein Soldat seine Geliebte und brachte sich dann selbst mit der Waffe schwere Verletzungen bei, die seine Aufnahme in der Klinik erforderlich machten. Die Tat soll in beiderseitigem Einverständnis erfolgt sein.

Wem ist das Fahrrad? Am 16. November d. Js. ist in der Merseburger Straße ein Fahrrad, Marke „Naumanns Germania" Nr. 125 257, gefunden worden. Das Rad hat breite gerade Lenkstange, gelbe Felgen, schwarzen Anstrich, neue Bereifung, Handbremse, ohne Freilauf, Gummipedale, Korkgriffe mit gelben Einfassungen, braunen Sattel Nr. 97. Der Eigentümer wolle sich Zimmer 77 oder 78 der Kriminalabteilung melden.

Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Pächterversammlung Acker „Böllberger Flur" am Sonntag, den 5. Dez., vormittags 1 Uhr, in Kurzhals Restaurant Böllberg.

Stadttheater. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr wird die Operette „Der fidele Bauer" wiederholt. Sonnabend „Der Waffenschmied". Sonntag nachmittag 3 Uhr Volksvorstellung. „Der Biberpelz". Sonntag abend „Der Zigeunerbaron". Montag „Frühlings Erwachen".

C. T. Lichtspiele, Große Ulrichstr. 51. Der neue Zelnik-Film „Der gelbe Diplomat", der heute, Freitag, zur Vorführung gelangt, übertrifft bei weitem den Abenteurer von Paris. Den chinesischen Diplomaten spielt Friedrich Zelnik mit der ganzen Kraft seiner schöpferischen Persönlichkeit. Es ist von starkem Reiz, daneben die beiden blonden Frauen zu sehen, Grete Lund, die reife zügellose Frau, mit der prachtvollen Gestalt und Käte Haack, rührend in ihrer zarten Mädchenhaftigkeit, hilflos an der eigenen Herbheit leidend. Beide Künstlerinnen bieten Leistungen, wie sie sehr wenige unserer Stars zu geben vermögen. Der hier in Halle sehr gut bekannte „Fritz Schulz" spielt wieder seine Jugend, und es ist zu wünschen, daß sich sein Können weiter in so famoser Steigerung entwickelt, wie bisher. Hermann Vallentin hat ein paar schöne starke Momente, doch leider hier nur eine kleine Rolle. Die mitwirkenden Chinesen bringen ihre echte Farbe mit in das Kulissen-China. — Anschließend gelangt ein heiteres Lustspiel „Zwei Goldfische" mit Hermann Picha und Wally Koch zur Vorführung. Hermann Picha dürfte die Lacher auf seiner Seite haben.

Die Ferienordnung für 1921/22.

Die Ferien an den städtischen Volks-, Mittel- und höheren Schulen sind für das Schuljahr 1921/22 wie folgt festgesetzt:

Osterferien	14 Tage	v. Mittwoch, 23. März	b. Donnerstag, 7. April.
Pfingstferien	6 "	v. Freitag, 13. Mai	b. Freitag, 20. Mai.
Sommerferien	33 "	v. Freitag, 1. Juli	b. Dienstag, 9. August.
Herbstferien	10 "	v. Freitag, 30. September	b. Dienstag, 11. Oktober.
Weihnachtsferien	12 "	v. Donnerst., 22. Dez. 1921	b. Mittwoch, 4. Jan. 1922.
	80 Tage		

Schluß des Schuljahrs 1921/22: Freitag, 7. April 1922. Die angegebenen Tage bezeichnen Schluß und Wiederbeginn des Unterrichts, sind also Schultage. Am 30. September und 22. Dezember dauert der Unterricht bis 11 Uhr, vor den übrigen Ferien schließt er stundenplangemäß.

Provinz und Umgegend.

„Der lockspitzelnde Oberpräsident".

Unter dieser Ueberschrift berichtet die reaktionäre „volksparteiliche" Hall. Allgem. Ztg. von einem „neuen" „Hörsing-Fall". Sie bringt eine Reihe Dokumente, welche der Magdeb. Ztg. entnommen sind und — die eine „vernichtende" Sprache reden —, so behauptet wenigstens die „Allgemeine" in ihrem Schlußschwänzchen. Um nun die „Vernichtung" des verhaßten Gen. Hörsing fix und fertig zu machen, vollführen die antirepublikanischen „Enthüller" ein kleines Taschenspielerkunststück. Sie schieben einfach einen Bericht des Magdeburger Polizeipräsidiums in die Tasche des Oberpräsidenten Hörsing und setzen dann dessen Namen „gez. Hörsing" unter das, nur als Anlage dem eigentlichen Bericht Hörsings beigelegte, Schreiben. Die Pressestelle beim Oberpräsidenten (die, wie die Enthüller ebenfalls verkünden, schweigt!) gibt, trotz ihres „Stummseins", folgende Darstellung:

„In dem Artikel „Der lockspitzelnde Oberpräsident" („Magdeburgische Zeitung" Nr. 721 vom 1. d. M.) wird behauptet, „der Oberpräsident habe nicht nur mit Spitzeln in Verbindung gestanden, er habe sogar Lockspitzel zur Erreichung seiner Zwecke benutzt".

Das entspricht nicht den Tatsachen. Richtig ist, daß die in den zum Abdruck gelangten Dokumenten erwähnten Vorgänge ohne Wissen des Oberpräsidenten durch das hiesige Polizeipräsidium veranlaßt worden sind. Der Oberpräsident hat einzig und allein die amtlichen Berichte des Polizeipräsidiums entgegengenommen und davon pflichtgemäß den vorgeordneten Stellen Mitteilungen gemacht.

Aus dem ersten abgedruckten Dokument, Journal-Nr. 60, ist nämlich für jeden, der mit dem Verkehr der amtlichen Stellen einigermaßen vertraut ist, ohne weiteres zu erkennen, daß der in Gänsefüßchen gesetzte Bericht nicht vom Oberpräsidenten, sondern von einer andern Behörde stammt. Mit Lockspitzeln hat der Oberpräsident niemals zu tun gehabt und sie auch niemals zur Erreichung seiner Zwecke benutzt.

Wir glauben, daß mit dieser Richtigstellung der „phänomalen" reaktionären Enthüllung die richtige Wertnote erteilt worden ist und enthalten uns daher jeder weiteren Ausführung.

Kurz möchten wir aber festhalten, daß die nach „Wahrhaftigkeit" ringende Seele der reaktionären Biedermänner in Anbetracht der wirklichen Beweggründe ihrer staatsrettenden Tat ziemlich schäbig erscheint. Denn in dem schon genannten Schlußschwänzchen läßt die „Allgemeine" klar und deutlich erkennen, wohin die Oberpräsidentenhatz eigentlich gehen soll. Es steht dort geschrieben:

„Herr Hörsing hat nur eine Wahl: entweder eine unverklauselte Falscherklärung der Dokumente und eine Verleumdungsklage gegen die „Magdeb. Ztg." oder den Antrag beim Minister auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich unter vorläufiger Suspension vom Amte."

Jeder Nichtanalphabet — um mit den Worten der „Allgemeinen" zu reden — wird aus diesen zu Papier gebrachten herzinnersten Reaktionswünschen verspüren, aus welchem Loche hier der Wind weht. Mit allen Mitteln will man den verhaßten Sozialdemokraten aus dem Oberpräsidium beseitigen. Denn dieser höchste Beamte der Provinz ist der erbittertste Feind der Orgesch und ähnlicher Putschorganisationen. Man empfindet eben seine Nähe als gar zu peinlich und verfällt dabei auf den, sogar unter Ringkämpfern verbotenen, Trick des Beinstellens. Jedoch — Hörsing ist über das ihm gestellte reaktionäre Bein nicht gepurzelt und wird es auch weiterhin nicht tun. Für unsere Genossen ist es nun Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Blätter der reaktionären „Beinsteller" aus den Arbeiterhaushalten verschwinden, denn sie beweisen tagtäglich aufs neue ihre unbegrenzte Feindseligkeit gegenüber der arbeitenden Klasse.

Zieht daraus die richtige Lehre! Arbeitet für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse. Fragt euch immer wieder: „Welcher Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte liest noch die, ihre Leser so treu und brav „versichernde", „Hall. Allgem. Ztg?"

Preise und Löhne.

Die stehende Redensart „Es kann nicht so weitergehen, wir müssen zu einer Gesundung unserer Geldverhältnisse kommen" findet fast ohne Ausnahme die Fortsetzung in dem Satze: „Die Löhne müssen abgebaut werden." Der bequemste Weg war dies allerdings, und hier und dort glaubte man ihn bereits beschreiten zu können, jedoch nur, um einsehen zu müssen, daß man in eine Sackgasse geraten war. Der heftige Widerstand, den die vom Lohnabbau Betroffenen leisteten, wurzelt keineswegs im Egoismus und im Bewußtsein der zahlenmäßigen Ueberlegenheit, sondern dieser Widerstand erhält aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus immer neue Nahrung. Wie sehr der oberflächliche Betrachter geneigt ist, Ursache und Wirkung und deren ewiges Wechselspiel zu verkennen, wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß er die Steigerung der Löhne zur Ursache der Preissteigerung macht, die dann wieder zur Lohnsteigerung, diese wieder zur Preissteigerung führt und so fort im unaufhörlichen Ineinandergreifen wie die Glieder einer Kette ohne Ende. Um Ursache und Wirkung von ihren vertauschten an ihre ursprünglichen Plätze zurückzukorrigieren, dazu braucht es keiner langen historisch gefärbten volkswirtschaftlichen Betrachtung: Es genügt folgende Gegenüberstellung: Holz stieg vom Oktober 1913 von 24 Mark bis zu 350 Mark im Oktober 1920, also um 1500 Prozent. Die Höchstlöhne in der Holzbranche in derselben Zeit von 0,45 Mark auf 5,35 Mark, also um rund 1200 Prozent. Roheisen in der obigen Zeit von 78 auf 1894 Mark, also um 2400 Prozent. Die Höchstlöhne in der Metallbranche von 0,52 Mark auf 5 Mark, also um rund 1000 Prozent. Die weitere Gegenüberstellung von Steigerungen (in der obigen Zeit) von Kartoffeln um 1100 Prozent, Brot um 960 Prozent, Fleisch um 2000 und 2500 Prozent, und dann die Lohnsteigerung von durchschnittlich 1100 Prozent kann den oben erhaltenen Eindruck nur verstärken. Die jedermann nur allzu bekannte Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte wird recht häufig durch die Preissteigerung des Kalidüngesalzes zu begründen versucht. Und was ergibt die Nachforschung? 40prozentiges Kalidüngesalz stieg vom Oktober 1913 bis Oktober 1920 von 6,20 auf 38,80 Mark, 41prozentiges und 42prozentiges von 6,35 und 6,51 auf 39,77 und 40,77 Mark, also um das Sechsfache, während die landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ausnahme der der Zwangswirtschaft unterliegenden, um das Zwanzigfache gestiegen sind. Die Forderung „Vor dem Lohnabbau erst den Preisabbau" muß nun nicht mehr nur begreiflich erscheinen, sondern als eine der ersten Aufgaben der Gegenwart jedem klar werden.

Könnern. Seine Aemter niedergelegt hat der Arbeiter Wilh. Albrecht, der in den Kreistag des Saalkreises, in den Kreisausschuß und als Kreisdeputierter gewählt worden war. Albrecht gehörte zu den Unabhängigen, erklärte aber nach dem Parteitage in Halle, daß sein Gewissen ihm verbiete, mit nach Moskau zu gehen. Sein Mandat im Kreisausschuß hat er schon seit längerer Zeit nicht mehr ausgeübt.

Merseburg. Ein Kruppwerk zwischen Merseburg-Weißenfels. Aus Merseburg wird gemeldet, daß die Firma Friedr. Krupp A.-G. in Essen große Geländeankäufe in der Nähe von Schkortleben vorgenommen hat. Es soll zunächst ein großes Gießerei- und Walzwerk errichtet werden. Gerüchte, daß auch die Mannesmannwerke in der Nähe von Merseburg bei Knapendorf sich angekauft hätten, scheinen sich nicht zu bestätigen. Dagegen schweben noch Verhandlungen anderer rheinisch-westfälischer Werke, die sich im mitteldeutschen Braunkohlenrevier neue Fabriken bauen wollen.

Weißenfels. Kommunalisierung des Anschlagwesens. Aus den Magistratsbeschlüssen vom 26. November: Das Anschlagwesen in der Stadt soll kommunalisiert werden. — Die Preise der Plätze für das Stadttheater im Volkshause wurden festgesetzt.

Weißenfels. Volkshochschule. Waentig-Vorträge (Volkswirtschaftslehre). Dritter Abend. Die Gütererzeugung: Genosse Waentig behandelt zunächst die Entstehung und den Verkehr des Geldes als Wertmaßstab auf dem Markte. Er gibt eine genaue Darstellung der Gold- und Silberwährung, legt eingehend den Zirkulationsprozeß von Gold und Silber als hinkende Doppelwährung auseinander. Stabile Währung — Sinkende und steigende Preise als Anregung zur Abschwächung der Produktion. Steigender Geldertrag, das Herz der Volkswirtschaft. Gen. Waentig geht über zu den verschiedenen Formen des Kreditwesens. 1. Zirkulationskredite. 2. Die Produktions-Kredite (Uebertragenes Kapital in Form von Geld). Die Notenbanken, Depositenbanken, hinterlegte Gelder, Regelung des normalen Wechselgeldes. Die Banken als mächtige Organe den Zahlungsprozeß zu führen. Die Großbanken als Machtmittel den Zins willkürlich herauf- und herabzusetzen. Andere Formen: 1. Der Wechsel (Eigenwechsel). 2. Tratte (gezogene Wechsel sofort diskontieren, auszahlen, abrechnen). 3. Devise (ein Wechselbrief auf einem auswärtigen Wechselplatz, gezogene Auslandswechsel. Gen. Waentig zieht interessante Vergleiche zwischen Schuldner in London und Gläubiger in Berlin. Er streift dann noch die Lombardgeschäfte als Leihbankgeschäfte, von deren Einlösung die Reichsbanken entbunden sind. — Fünf große Banken haben den gesamten Geld-Weltverkehr in Händen. — Während des zweiten Teiles seines Vortrages geht Genosse Waentig näher auf die Gütererzeugung (Produktion) als ökonomischen (wirtschaftlichen) Vorgang ein. Der Gebrauchswert eines Gutes oder mehrerer Güter ist maßgebend zum Absatz auf dem Weltmarkte. Man unterscheidet zwei Arten der Produktion an dem gegenwärtigen und künftigen Markte. Für den künftigen Markt produzieren, hängt von richtiger Spekulation ab. Gen. Waentig zeigt dann die verschiedenen Handelsformen, ihre Effekte (Wirkung, Erfolg, Eindruck), und weist auf markante Beispiele der Preise hin. Bei der Landwirtschaft demonstriert der Vortragende die Chancen der Produzenten auf dem Markte vor. Die Vorträge zeigen ein starkes Interesse der Hörerschaft und sind die am besten besuchten. Sie bewegen sich auf sehr hohem geistigen Niveau und stechen deshalb auffallend von den übrigen Veranstaltungen ab, die mehr den Eindruck von Fortbildungsschulabenden machen.

Zeitz. Ein „Hof"nachrichtenblättchen. „Großaga, 27. Nov. Fürstliche Jagd. In den Fluren von Großaga und den umliegenden Ortschaften fand gestern die fürstliche Hofjagd statt; nach vielen Jahren hörte man wieder die Jagdhörner erklingen. Das Jagdergebnis waren 98 Hasen und 1 Reh. Als Jagdherren waren anwesend Se. Durchlaucht Heinrich 27. von Reuß, Oberst Köppel-Gera, die Kommerzienräte Weißflog, Weber und Färber aus Gera, Kammerherr v. Herzenberg auf Haudwalde, Rittmeister v. Brandenstein-Hain, Schloß-Hauptmann Lützow in Gera." — So zu lesen in den „Zeitzer Neuesten Nachrichten" vom Montag, den 29. November — 1920 (!); 3 Jahre nach dem Sturze auch des durchlauchtigsten Reußenthrönchens Heinrichs des Siebenundzwanzigsten. — „Nach vielen Jahren — — — — — —". Man fühlt förmlich die Seufzer, mit denen die gequälte Zeitzer Tante an die „herrlichen Zeiten" Wilhelms des Letzten und der viel kleineren Sonne Heinrichs XXVII zurückdenkt. Ob das Blatt auch so prompt und ausführlich über die Hohenzollernschiebungen berichtet hat, wie über die 98 toten Hasen? Wir glauben es nicht, denn das würde ja mit dazu beitragen, die Augen der eingeseiften Kreisblattleser einmal vom Schaume frei zu machen. Arbeiter, Beamte, Angestellte! Erkennt endlich, daß die Duldung dieser Presse im Hause nicht nur eine Dummheit, sondern auch eine nicht zu verzeihende Fahrlässigkeit gegenüber der gesamten proletarischen Klasse ist. Werbt und wirkt für die Sozialdemokratie und deren Zeitung im Bezirk, die „Volksstimme"

Wittenberg. Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die 22 Punkte, welche auf der Tagesordnung standen, wurden in ganz kurzer Zeit erledigt. Der Jugendring hatte eine Eingabe an den Magistrat gemacht, zwecks Bereitstellung von Mitteln zur Bekämpfung der Schmutzliteratur. Stv. Knolle (Dem.) legte einige Bücher vor und geißelte, daß selbst Stadtverordnete, die immer gegen Schmutz und Schund in Wort und Bild arbeiten, solche Bücher des Profites wegen verkauften. Namen wurden jedoch nicht genannt. Von den linksstehenden Stadtverordneten und Stadträten ist niemand Buchhändler, er ist also im bürgerlichen Lager zu suchen. Gen. Stv. Schmieder erklärte vor Eintritt in die Tagesordnung, daß er keiner Fraktion angehört. Gen. Schmieder und Stadtrat Gen. Sprote sind die einzigen Sozialdemokraten. Die Kommunisten und die „Links nicht wissen was sie wollen", (Links-Unabhängigen) haben ein Bündnis geschlossen. Rechts-Unabhängige sind in Wittenberg nicht vorhanden. Bis jetzt ist noch keine ersprießliche Arbeit herausgekommen, da die Bürgerlichen die Mehrheit haben. Wir hoffen, daß es zur nächsten Wahl anders wird. Wegen den öfteren Lichtstörungen gab der bürgerliche besoldete Stadtrat Flämig langatmige Aufklärungen. Er hofft und will alles daran setzen, daß die Lichtstörungen, die gerade immer in die Zeit von 5 bis 6 Uhr abends fallen und die Geschäftswelt schädigen, aufhören. 46 000 Mark wurden zur Ausfüllung einiger Titel der Kämmereikasse (Bauwesen) bewilligt. Längere Aussprache erforderte die Festsetzung des Schulgeldes der Mittelschule und Volksschule. Vom Elternbeirat wurden die Sätze auf 240 Mark für Einheimische und 360 Mark für Auswärtige gewünscht. Stv. Lehrer Belding war dagegen und forderte, daß der Magistratsantrag (die Sätze sind bedeutend höher) angenommen wird. Die Linke beteiligte sich nicht an der Debatte und forderte für alle Schulen Schulgeldfreiheit. Der Antrag des Elternbeirats wurde abgelehnt, trotzdem Bürgerliche und Linke gegen den Magistratsantrag stimmten. Das Schulgeld für die auswärtigen Besucher der Volksschulen wird ab 1. Okt. 1920 auf 300 Mark festgesetzt. Die Eisbahn auf dem Schwanenteiche ist verpachtet, der Pächter darf für Kinder 10 Pfg. Eintrittsgeld nehmen. Für die Wintermonate sind die Sätze der Erwerbslosen (durch Druck von seiten des Arbeitsministers) erhöht worden. Für den Neubau des Elektrizitätswerkes wurden Pläne vom Stadtbaurat Petry (früher in Halle) entworfen, vorgelegt, die die Zustimmung der Versammlung fanden, nachdem Stv. Bauunternehmer Bethke die Erläuterungen dazu gegeben hatte. Hierauf Schluß der Sitzung 9 Uhr.

Bockwitz. „Was soll aus Deutschlands Jugend werden?" Ueber dieses Thema sprach am Sonntag, den 28. November, Bezirksturnwart Schubert. Er schilderte in Wort und Bild die Gefahren unserer Jugend, ihre Ursachen und Wirkungen. Leider war auch dieser Vortrag recht schlecht besucht. Arbeiter, Partei- und Gewerkschaftsgenossen, was haben die Organisationen nicht schon alles auf diesem Gebiete geleistet, aber leider finden die wirklichen guten Sachen bei einem großen Teil der Arbeiterschaft kein Verständnis. Es wäre wohl an der Zeit, daß diese Veranstaltungen von jedem denkenden Arbeiter besucht werden, der sich in der heutigen Zeit als Kämpfer fühlt. Am 8., 9. und 10. Dez. finden wieder Theateraufführungen von Willi Beutler-Dresden statt, zur Aufführung kommt „Gebrochene Blüten", ein Sittenbild aus der heutigen Zeit. In Dresden und Leipzig wurde dieses Stück mehr als hundertmal aufgeführt. Deshalb versäume niemand die Gelegenheit. Alles Nähere durch Plakate. Der Bildungsausschuß für Bockwitz und Umg.

Bockwitz (Kr. Liebenwerda). Mitgliederversammlung. Die Genossen werden daran erinnert, daß Montag, den 6. d. M. abends 8 Uhr, im Volkshause unsere Mitgliederversammlung stattfindet. Es ist unbedingt notwendig, daß der Besuch ein besserer wird.

Falkenberg. Ein Opfer seines Berufes. Bei Ausübung seines Dienstes wurde der Rangierführer Paul Köppe auf dem Gelände des Berlin-Anhalter Güterbahnhofes beim Ueberschreiten der Gleise überfahren und getötet. Köppe war 34 Jahre alt und hinterläßt Frau und ein Kind.

Aus aller Welt.

Laurahütte, 2. Dez. (Banditenüberfall.) Gestern abend wurde das Gasthaus Bienhof in Laurahütte von ungefähr 20 Banditen überfallen. Sie drangen unter Schießen in die Wirtschaftsräume ein und raubten Kleider, Schuhe, Wäsche, Schmucksachen usw. im Gesamtwert von 120 000 Mark, außerdem 1200 M. bares Geld. Der Haushälter holte die französische Wache der Abstimmungspolizei. Inzwischen drangen die Banditen in das Haus des Parkwächters Zukowski und raubten Wäsche und Kleider im Werte von 20 000 Mark. Beim Erscheinen der Wache flüchteten die Banditen über die polnische Grenze. Es handelt sich, wie die Kriminalpolizei in Laurahütte mitteilt, hauptsächlich um gebürtige Oberschlesier, die wegen verschiedener Straftaten flüchtig sind und sich in Czeladz aufhalten. Unter ihnen befand sich ein etwa 20jähriges Mädchen, das Waffen trug.

Essen (Ruhr), 2. Dez. Eine Räuberbande im Stationsgebäude. Wie die „Rheinisch-Westfälische Ztg." aus Weitenau meldet, drangen heute nachmittag vermummte Räuber mit Revolvern in das Stationsgebäude ein und raubten unter Androhung des Erschießens die Stationskasse. Es fielen ihnen 300 000 Mark in die Hände. Bisher hat man noch keine Spur von den Räubern entdecken können.

Volkswirtschaft.

Fabelhafte Industriegewinne.

Einen Kursstand von über 1000 Prozent haben zurzeit folgende offiziell notierte Papiere inne:

	26. Nov.	3. Jan.
Laroper Walzwerk	1055	218
Chem. Werke Albert	1150	493
Deutsche Erdöl	1945	538
Deutsche Ueberseee Elektr.	1020	665
Friedrichshütte	1250	444
Glauziger Zucker	1075	330
C. A. F. Kahlbaum	1850	700
Unter den Linden Bauverein	1640	124
Schantung Genußscheine	2225	2300
Steaua-Romana	1855	905
Thale Eisenhütte	1195	342

Einen Kurs von beinahe 1000 Prozent erreichten noch am 26. November, nachdem sie teilweise schon vorübergehend auf 1000 Prozent gestanden hatten, folgende Papiere: Grevenbroich Maschinen 909¾ Prozent (am 3. Januar: 265). Hoesch Eisen und Stahl 905 (299¼). Sarotti 940 (249½), van der Zypen 910 (328). Türkische Tabak-Regie 998 (1062). Rauchwaren Walter 900 (640).

Ist es noch eine gesunde Wirtschaft, wo auf der einen solche immensen mühelosen Gewinne und auf der anderen Seite Arbeitslosigkeit und krassestes Elend? Solche Wirtschaft ist reif, daß sie durch eine andere abgelöst wird. Darum her mit der Gemein- und Bedarfswirtschaft der Sozialisierung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751920120 3-18/fragment/page=0006

Genosse Severing gegen die „Orgesch".

Preußische Landesversammlung.

187. Sitzung. Donnerstag, den 2. Dezember 1920, 1 Uhr.
Am Ministertisch: Severing.

Erster Gegenstand ist die 1. Beratung der Entwürfe, betreffend Feststellung eines zweiten Nachtrages für 1920 und des Ergänzungsetats. Nach kurzer Debatte geht die Vorlage an den Hauptausschuß.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts für das Ministerium des Innern.

Abg. Lüdicke (Dn.): Der Minister führt einen Kampf gegen die Organisation Escherich, obwohl nach der Reichsverfassung die Vereinsfreiheit gesichert sein soll und obwohl die Orgesch eine gesetzlich erlaubte Organisation ist. Der Selbstschutz ist notwendig, da die Staatsregierung Eigentum und Person nicht zu schützen vermag. Wenn der Staat seine Bürger nicht schützen kann, so ist ein Selbstschutz — d. i. die Orgesch — notwendig. (Sehr richtig! rechts.) Bisher hat der Minister des Innern eine Gesetzwidrigkeit der Orgesch nicht nachweisen können. Wie steht es mit seinem Material im Falle Bastelmann, dessen Verhaftung wir für ungesetzlich halten? Das bayerische Staatsministerium hat der Orgesch gegenüber eine ganz andere Rechtsauffassung; dort wird die Orgesch staatlicherseits gefördert. Noch andere Ungesetzlichkeiten haben wir dem Minister des Innern vorzuwerfen, wie die Festnahme des sechsjährigen Kindes von Major Bischoff, und seine Haltung im Falle des Landrates in Flensburg. (Abg. Peters (Soz.): Unwahrheit!) Sehr sonderbar war auch das Verhalten des Ministers im Falle des Landeshauptmanns von Ostpreußen. Die gegen ihn eingeleitete Untersuchung wegen Beteiligung am Kapp-Putsch wurde eingestellt, trotzdem verhängte der Minister eine Geldstrafe über von Braun. (Hört, hört! rechts.) Die Schuldenwirtschaft der Kommunen erfordert eine staatliche Aufsicht. (Lebhafter Beifall rechts.)

Minister des Innern **Severing**: Die „Deutsche Tageszeitung" kündigte mir für heute eine fürchterliche Abrechnung an, der Abg. Lüdicke, der sie vollziehen sollte, hat sich aber mehr als **Märchenerzähler** gefallen. Er sprach andauernd von dem berühmten „man". „Man" hört, „man" hat mir erzählt usw. Die meisten seiner Anklagen waren **zu wenig präzisiert, um ihnen überhaupt nachgehen zu können**, und was er erzählte, war außerordentlich aufgebauscht und zum Teil erfunden. (Unruhe rechts. Zuruf des Abg. Heilmann (Soz.): Ist ja alles schon im Ausschuß besprochen!) Er warf mir vor, ich behandele rechts und links nicht gleichmäßig. (Sehr richtig rechts.) Ist Ihnen nicht bekannt, daß ich mein Amt mit der Entwaffnungsaktion im Ruhrgebiet begonnen **habe und von der äußersten Linken aufs schärfste bekämpft wurde? Darf ich Ihnen (nach rechts) ein offenes Wort sagen:**

Es kommt Ihnen nur auf eine gute Wahlparole

an. (Sehr richtig links. Lachen rechts.) Sie (nach rechts) sollten doch die Zeit des Parlamentes nicht so unnötig in Anspruch nehmen, wir haben es früher auch nicht getan. (Widerspruch rechts.) **Wenn der Abg. Lüdicke die Notwendigkeit des Selbstschutzes mit der steigenden Kriminalität beweisen will**, so weise ich darauf hin, daß im vorigen Jahre der damals noch bestehende **Selbstschutz so wenig wie die Polizei die schwersten Friedensbrüche** verhindern konnte. Bei jeder Mordaffäre heißt es ja heute: Was sagt Severing dazu? Meint man denn, daß Escherich solche Eifersuchtsdramen, wie sie sich kürzlich öfters **abgespielt haben, verhindern könnte?** (Heiterkeit links.) Die **Grüneberger Ausschreitungen sind natürlich auf das schärfste zu verurteilen. Aber auch der Selbstschutz kann nicht jedes Verbrechen** unmöglich machen. (Zuruf des Abg. v. d. Osten (Dn.): Und in Bayern?) Denken Sie doch daran, daß Preußen fünfmal so **groß ist wie Bayern, daß auch seine Gefahrenzone entsprechend größer ist. Wir unterscheiden uns von Bayern nicht einmal unvorteilhaft. Wir haben ein geregeltes Verfahren, während in Bayern der Ausnahmezustand immer noch herrscht.** Angeblich sollen wir auch der Auflösung der Einwohnerwehren gegenüber der Entente überflüssigerweise zugestimmt haben.

Nicht ich möchte die Schuld daran tragen, wenn infolge unserer Widersetzlichkeit das Ruhrgebiet vom Feinde besetzt wird.

(Sehr richtig links, Widerspruch rechts.) Gegen die Arbeiterwehren konnte ich nicht eher vorgehen, ehe nicht nach dem Willen der Feinde die Einwohnerwehren überhaupt aufgelöst werden **mußten. Sie (nach rechts) können mir nicht zumuten, daß ich den**

Arbeitern die Waffen wegnehme,

den reaktionären Organisationen sie aber belasse. Die Arbeiter haben ein Recht, besonders nach dem Kapp-Putsch, zu sagen: Wir liefern die Waffen nicht eher ab, bis die Republik vor jedem Ueberfall gesichert ist. (Sehr richtig links.) **Meiner Ansicht nach ist die Republik geschützt nicht durch Herrn Escherich, sondern durch das einige Zusammenhalten aller Republikaner.** Auch in Bayern werden die Einwohnerwehren verschwinden. Meinen Sie denn, daß General Nollet in der Durchführung seines Entwaffnungsgebotes **einen Unterschied zwischen** Preußen und Bayern macht? (Sehr richtig links.) Der Anregung des Abg. Hauschild (Soz.), wegen der Schwierigkeiten der Ernährungslage auf das Reich einzuwirken, **will ich nach Möglichkeit nachkommen. Ich komme auf die Selbstverwaltung.** Für sie müssen Finanzquellen auch für die Gemeinden **erschlossen werden.** Die Minister des alten Regimes sind nicht so häufig von Deputationen besucht worden, wie die heutigen. (Zwischenrufe.) In der Angelegenheit des Vorgehens gegen die Berliner Hotelbetriebsgesellschaft ist der **Beamte**, der die **Schuld** an dem Mißverständnis trägt, seines Amtes **enthoben worden**. Die Presse ist in ihrem Kampf gegen Wucher- und Schiebertum leider nicht immer konsequent. Der Minister kann nicht dem Wucherbeamten in den Arm fallen und auf den Polizeipräsidenten direkt entscheidend einwirken. **Wenig beliebt** ist die **Technische Nothilfe**, aber sie ist notwendig, um **lebenswichtige** Betriebe aufrechtzuerhalten. Bei der Besetzung von Verwaltungsstellen sind einige **Mißgriffe nicht zu vermeiden gewesen**, da oft eine schnelle Besetzung wichtiger Posten notwendig war. Gesinnungstüchtigkeit ist bei solchen Besetzungen nicht maßgebend gewesen. **Moralisch minderwertige Beamten werden mit aller Strenge verfolgt, auch** wenn sie sonst noch so tüchtig sind. Anschuldigungen allerdings, die von der Deutschen Tageszeitung und ähnlichen Organen erhoben werden, kann ich nicht besonders hoch bewerten. (Große Unruhe rechts.) Diese Zeitungen sind allzuoft mit gänzlich unhaltbaren Beschuldigungen angetreten. Die Ernennung von sozialistischen Landräten erregt **bei der Rechten** viel böses Blut, aber die Rechte ist früher noch **viel intoleranter** gewesen, als sie die Macht hatte.

Das Streikrecht ist für **Polizeibeamte unmöglich. Gegen Polizeibeamte**, die sich an der **reaktionären Spitzelwirtschaft beteiligt haben, wird unnachsichtlich eingeschritten werden.**

Die Einwohnerwehren haben meistens versagt.

Ich stehe heute noch auf dem Standpunkt, daß der Selbstschutz verboten werden muß. (Zustimmung links.) Den Schutz der Bürger will ich übernehmen mit einer **starken, zuverlässigen Polizeitruppe.** (Unruhe rechts.) Je mehr die **Rechte** den **Bürgern** vorredet daß ihre **Sicherheit bedroht** ist, **um so mehr untergräbt sie die Staatsautorität.** (Unruhe rechts.) Wie aus meinem Material hervorgeht, hat man bereits im Mai und Juni verbotene Selbstschutzorganisationen gebildet, und zwar mit allmählicher Ausdehnung über das ganze Reich.

Ehemalige Offiziere der Reichswehr haben in den Arbeitsgemeinschaften den Selbstschutz organisiert.

In Ostpreußen haben die Angehörigen der Selbstschutzorganisation Anweisungen zur Handhabung der Waffen erhalten. **Sie bezeichnen sich selbst als „Schützen".** Daran erkennen Sie den **militärischen Charakter** der Selbstschutzorganisationen. Wenn das Diktat von Spa **nicht hindernd wirkte**, so würde ich einer zivilen Landwehr unter Beteiligung aller politischen und berufsständischen Kreise zustimmen. Ich werde mich bemühen, den Widerstand der Entente dagegen zu überwinden. **Dieser Selbstschutz müßte allerdings den örtlichen Behörden unterstellt werden.** Aber das wollen ja eben die Herren von **rechts nicht. Haben sie doch in Ostpreußen die Unterstellung des Selbstschutzes unter den Oberpräsidenten abgelehnt.** (Widerspruch des Abg. Graf v. Kanitz.) Das gegen den Selbstschutz in seiner heutigen Form vorliegende Material ist so reichhaltig, daß ich die von mir vorgesehenen Maßnahmen gegen ihn nicht aufgeben kann. Der Justizminister konnte sehr wohl auf Grund des ihm vorgelegten Materials zu seinem Gutachten kommen. **Er konnte sich dabei auch noch auf ein Gutachten stützen, daß von einem meiner Referenten gegen mich erstattet worden war.** (Hört, hört!) **Das Gutachten des Herrn Justizministers**, das die Frage verneinte, ob nach dem geltenden Recht gegen die privaten Selbstschutzorganisationen eingeschritten werden könne, wirkte bei der Veröffentlichung in der gesamten deutschen Presse wie eine Sprengbombe. **Aus Schleswig-**Holstein kam an mich von der **Arbeiterschaft** die **Drohung**, daß man gegen den Selbstschutz der Reaktion einen republikanischen Schutz organisieren werde. Deshalb mußte ich der Oeffentlichkeit zur Kenntnis geben, daß ich nach wie vor meinen **ablehnenden Standpunkt aufrechterhalte**, und so erging mein Erlaß an die Oberpräsidenten, der ihnen zur Pflicht machte, **die privaten Selbstschutzorganisationen zu verbieten und gegen sie einzuschreiten.** (Sehr richtig bei den Soz.) **Höher als die Achtung vor irgendwelchen Rechtsgründen steht mir das Wohl des Volkes.** (Beifall links.) Solange dieses Wohl bedroht ist, werde ich alle Maßnahmen ergreifen, die **notwendig** sind, es **zu schützen** (Beifall links.)

Abg. **Dr. von Richter** (D. Vp.): **Der Minister hat sich durch** das Verbot der Orgesch auf einen unhaltbaren Rechtsstandpunkt gestellt. **Ausführungen wie die oben gemachten, untergraben Autorität und Recht im Staate** (Sehr richtig! rechts. Unruhe links.) Auf die Anschuldigungen in der Deutschen Tageszeitung ist der Minister mit keinem Wort eingegangen. Ich stelle daher die förmliche Anfrage: „Sind die in dem genannten Artikel genannten Zeugen vernommen worden? Wie ist das Ergebnis ihrer Vernehmungen ausgefallen," Die Auswahl der Oberpräsidenten sollte lediglich nach den Interessen der Provinzen geschehen. Wenn in Ostpreußen aber — so argumentieren die Sozialdemokraten — ein Demokrat an die Spitze der Provinz tritt, so wird dadurch gewissermaßen der Verteilungsmaßstab durchbrochen, ergo setzen wir No ke in Hannover ein. Dieser Schacher mit den Provinzen ist unerhört. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wenn der Minister meine Erwägungen befolgt, daß die großen staatspolitischen Gesichtspunkte in erster Linie stehen müssen, dann werden wir Ihnen gern unser Vertrauen schenken, wenn er nach den Neuwahlen noch auf seinem Platz sein sollte. (Beifall und Heiterkeit rechts.)

Minister **Severing**: Waffen darf nur der tragen, der von Amts wegen dazu berufen ist. Soweit mein Ressort in Frage kommt, wird die Zusammengehörigkeit mit Ostpreußen stets gepflegt werden. Die Gegensätze zum Justizminister haben das Kabinett stark beschäftigt. Die von mir angezogenen Gesetzesbestimmungen gebe ich gern preis. Ich wollte nur den Eindruck nicht aufkommen lassen, als ob die Volksschutzorganisationen legalisiert seien, zumal sich Arbeiterschutzorganisationen bildeten. Wenn beide Seiten sich bewaffnen, so kommt es zum Bürgerkrieg und den muß ich als Polizeimeister vermeiden. Das Gutachten des Justizministers ist den Zeitungen durch Vertrauensbruch eines ehemaligen Hilfsarbeiters im Ministerium zugegangen, der jetzt Orgesch-Offizier ist. Staatssekretär Dr. Freund ist ein fleißiger Mitarbeiter, hat aber an der politischen Gestaltung meines Ressorts keinen Anteil.

Präsident **Leinert stellt gegenüber dem Abgeordneten** Dr. von Richter fest, daß die Verhaftung des Abgeordneten Kneissel (Soz.) in Breslau nicht vom Minister veranlaßt worden sei. Kneissel sei versehentlich auf der Bahn verhaftet, aber alsbald mit dem Ausdruck des Bedauerns entlassen worden und habe sodann sein Mandat niedergelegt.

Hierauf tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung Freitag, den 3. Dezember, 1 Uhr nachmittags. (Wahlgesetz, Mittellandkanal.) Schluß gegen 6 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Schlußdebatte über den Reichswirtschaftsetat.

Unser Parlamentsberichterstatter schreibt uns aus Berlin:

Der vierte Tag der Aussprache über den Reichshaushaltplan des Reichswirtschaftsministeriums plätschert in derselben Oedigkeit dahin, wie der dritte und hat nur den einen Vorzug, daß er das Ende der Beratungen bringt.

Was die einzelnen Parteien zu sagen haben, haben sie bereits durch zwei, drei und manchmal sogar vier Redner erklären lassen, so daß es auch besseren Rednern, als sie in allgemeinen heute zu Wort kamen, nicht möglich gewesen wäre, die Aufmerksamkeit des vollkommen leeren Hauses zu wecken. Interessant ist nur die Bestätigung der schon jüngst hier ausgesprochenen Vermutung, daß die bürgerlichen Parteien die Zeit für gekommen halten, die Sozialisierungskommission wieder einmal heimzuschicken und den bisher recht unfruchtbaren Reichswirtschaftsrat mit ihren Aufgaben zu betrauen. Es hat den Anschein, als ob den bürgerlichen Parteien sogar das Wort Sozialisierungskommission ein Dorn im Auge wäre, und sie an seiner Stelle viel lieber einen Ausschuß zur Beratung eines Gesetzes zur Schaffung autonomer Wirtschaftskörper sehen würden.

Genosse **Braun** und **Hoch** sowie die Unabhängigen **Simon** und **Herz** setzen sich demgegenüber energisch für die Sozialisierungskommission ein, worauf der Herr Wirtschaftsminister einen halben Rückzieher macht, indem er erklärt, daß die Sozialisierungskommission selbstverständlich darüber gehört werden müsse.

Sonst nichts neues.

Das Haus gibt sich ein paar Tage Ferien und fährt am Montag, den 6. Dezember, mit der Beratung des Etats weiter, beginnend mit Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Revision des Hohenzollernvergleichs.

Die Sitzung des **Rechtsausschusses** der Landesversammlung begann am Mittwoch nachmittag mit großen Klagereden der Vertreter des **Justizministeriums** über die Anklagerede des Abg. Heilmann und das Vorgehen des Finanzministeriums. Die neue Rechtsgrundlage rührte lediglich von einem jungen Assessor namens Schönebeck her. Die Lage des Staates in einem Prozeß werde sehr ungünstig sein. Es sei gar nicht auszudenken, welche Rente man nach Schücking einem hochadeligen Hause zahlen müsse, das schon 1820 2½ Millionen Taler bekommen konnte. Die Vertreter des Staatsministeriums und Finanzministeriums wiesen diese Kritik zurück.

Das Zentrum brachte den Antrag ein, bei der Landesversammlung zu beantragen, die Regierung zu ersuchen, in

---

Der Tee.

Von Heinr. Heine.

Der Schauplatz der Geschichte, die ich jetzt erzählen will, sind wieder die Bäder von Lucca.

Fürchte dich nicht, deutscher Leser; es ist gar keine Politik darin, sondern bloß Philosophie, oder vielmehr eine philosophische Moral, wie du es gern hast. Es ist wirklich sehr politisch von dir, wenn du von Politik nichts wissen willst, du erführest doch nur Unangenehmes oder Demütigendes. Meine Freunde waren mit Recht über mich ungehalten, daß ich mich die letzten Jahre fast nur mit Politik beschäftigte und sogar politische Bücher herausgab. „Wir lesen sie zwar nicht", sagten sie, „aber es macht uns schon ängstlich, daß so etwas in Deutschland gedruckt wird, in dem Lande der Philosophie und der Poesie. Willst du nicht mit uns träumen, so wecke uns wenigstens nicht aus dem süßen Schlafe. Laß du die Politik, verschwende nicht daran deine schöne Zeit, vernachlässige nicht dein schönes Talent für Liebeslieder, Tragödien, Novellen und gebe uns darin deine Kunstansichten oder irgend eine gute philosophische Moral."

Wohlan, ich will mich ruhig wie die anderen aufs träumerische Polster hinstrecken und meine Geschichte erzählen. Die philosophische Moral, die darin enthalten sein soll, besteht in dem Satze: daß wir zuweilen lächerlich werden können, ohne im geringsten selbst daran schuld zu sein. Eigentlich sollte ich bei diesem Satze in der ersten Person des Singularis sprechen — nun ja, ich will es, lieber Leser, aber ich bitte dich, stimme nicht ein in ein Gelächter, das ich nicht verschuldet. Denn ist es meine Schuld, daß ich einen guten Geschmack habe und daß guter Tee mir gut schmeckt? Und ich bin ein dankbarer Mensch, und als ich in den Bädern von Lucca war, lobte ich meinen Hauswirt, der mir dort so guten Tee gab, wie ich ihn noch nie getrunken.

Dieses Loblied hatte ich auch bei Lady Woolen, die mit mir in demselben Hause wohnte, sehr oft angestimmt, und diese Dame wunderte sich darüber, um so mehr, da sie, wie sie klagte, trotz allen Bittens von unserm Hauswirt keinen guten Tee erhalten konnte und deshalb genötigt war, ihren Tee per Estafette aus Livorno kommen zu lassen.

„Der ist aber himmlisch!" setzte sie hinzu und lächelte göttlich.

„Mylady", erwiderte ich, „ich wette, der meinige ist noch viel besser."

Die Damen, die zufällig gegenwärtig, wurden jetzt von mir zum Tee eingeladen, und sie versprechen, des anderen Tages um sechs Uhr auf jenem heitern Hügel zu erscheinen, wo man so traulich beisammen sitzen und ins Tal hinabschauen kann.

Die Stunde kam, Tischchen gedeckt, Butterbrötchen geschnitten, Dämchen vergnügt schwatzend — aber es kam kein Tee.

Es war sechs, es wurde halb sieben, die Abendschatten ringelten sich wie schwarze Schlangen um die Füße der Berge, die Wälder dufteten immer sehnsüchtiger, die Vögel zwitscherten immer dringender — aber es kam kein Tee. Die Sonnenstrahlen beleuchteten nur noch die Häupter der Berge, und ich machte die Damen darauf aufmerksam, daß die Sonne verzögernd scheide und sichtbar ungern die Gesellschaft ihrer Mitsonnen verlasse.

Das war gut gesagt — aber der Tee kam nicht.

Endlich, endlich, mit seufzendem Gesicht, kam mein Hauswirt und fragte, ob wir nicht Sorbett statt des Tees genießen wollten?

„Tee! Tee!" riefen wir alle einstimmig.

„Und zwar denselben" — setzte ich hinzu — „den ich täglich trinke."

„Von demselben, Exzellenzen? Es ist nicht möglich!"

„Weshalb nicht möglich?" rief ich verdrießlich.

Immer verlegener wurde mein Hauswirt, er stammelte, er stockte; nur nach langem Sträuben kam er zu einem Geständnis — und es löste sich das schreckliche Rätsel.

Mein Herr Hauswirt verstand nämlich die bekannte Kunst, den Teetopf, woraus schon getrunken worden, mit vorzüglich heißem Wasser zu füllen, und der Tee, der mir so gut geschmeckt und wovon ich so viel geprahlt, war nichts anderes, als der jedesmalige Aufguß von demselben Tee, den meine Hausgenossin, **Lady Woolen, aus Livorno** kommen ließ.

Die Berge rings um die Wälder von Lucca haben ein ganz außerordentliches Echo und wissen ein lautes Damengelächter gar vielfach zu wiederholen.

Ueber die Frauen — von einer Frau.

Daß der Mann das „Rätsel Weib" niemals ganz ergründet, ist eine uralte Tatsache. Um so gespannter horcht er auf, wenn einmal eine Frau „aus der Schule plaudert" und allerlei Enthüllungen über den wahren Charakter ihres Geschlechts macht. Ein solch indiskretes Wesen ist Emma M. Wise, die in einem Londoner Blatt einige „Wahrheiten über die Frauen" mitteilt. „Von allen Täuschungen", meint sie, „sind die über Frauen am schwersten auszurotten. So herrscht z. B. der Glaube, daß jede Frau eine geborene Krankenpflegerin sei. Das ist sie aber nicht, und es ist auch gar kein Grund, warum sie es sein sollte. Eine zweite Täuschung ist die Annahme, daß alle Frauen ein instinktives Muttergefühl besitzen. Nichts derart ist ursprünglich in der Frau vorhanden. Dichter werden geboren und nicht erzogen; bei Müttern aber ist es umgekehrt. Die Frau muß auf die Pflichten der Mutterschaft, die ihrer harren, sorgsam vorbereitet werden, sonst wird sie in der Ehe ein für die ganze Familie schmerzliches Lehrgeld zahlen. Sodann setzt man voraus, daß jede Frau, nur weil sie Mutter ist, „kinderlieb" sein muß. Tatsächlich sind dies aber nur die Frauen, die keine Kinder haben und niemals welche besaßen. Doch auch unter den kinderlosen Frauen gibt es manche, die die Kinder hassen. Die Mutter aber wird nur ihre eigenen Kinder lieben und den fremden Kindern stets wenig Sympathie entgegenbringen. Eine weitere Enttäuschung, der man sich in bezug auf die Frau als Mutter hingibt, ist die, daß des Mannes beste Freundin seine Mutter sei. Nicht selten aber ist sie gerade im Gegenteil sein Ruin, und sie schädigt ihn unendlich durch falsche Erziehung. Völlig grundlos ist auch die Behauptung, daß das häusliche Mädchen am ehesten einen Mann bekommt. Mag auch in der Ehe in vielen Fällen „die Liebe durch den Magen gehen", so tut sie das doch vorher fast nie, und der Mann wird an der Frau gerade die dem Häuslichen entgegengesetzten Eigenschaften bewundern, während ihm ein Mädchen, das gut kocht und vortrefflich schneidert, einen etwas nüchternen Eindruck macht. Was ihn zu der Frau hinzieht, ist eine bezaubernde Verbindung von Schwächen und Widersprüchen, jenes rätselhafte Etwas, das gerade der mondänen Frau eigen ist. Eine letzte Enttäuschung, auf die der Mann immer wieder hineinfällt, ist der dem männlichen Geist so angenehme Gedanke, daß die Frau nur einmal im Leben liebe und daß er gerade der Gegenstand dieser Leidenschaft sei. Jede Frau, die eine richtige Frau ist, beginnt zu lieben, wenn sie sprechen kann, und wenn sie stirbt, so schenkt sie **dem Arzt an ihrem Krankenbett ihr letztes Liebesgefühl."**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201203-18/fragment/page=0007

eine erneute Prüfung des Vergleiches und seiner Unterlagen einzutreten, bei der unbeschadet der Wahrung des Grundsatzes des Artikels 153 der Reichsverfassung die Ergebnisse der Verhandlungen des Rechtsausschusses berücksichtigt werden. Nach vielem Hin und Her wurde dieser Antrag mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten angenommen, nachdem alle weitergehenden sozialdemokratischen Anträge abgelehnt worden waren. Die Vertreter der Rechtsparteien behielten sich ihre endgültige Entscheidung für das Plenum vor. Sie brachten das lebhafteste Bedauern darüber zum Ausdruck, daß jedenfalls der vorliegende Vergleich damit gescheitert sei.

*

Die „Kreuzzeitung" versucht das seltsame Geschäft, das die Hohenzollern mit dem Verkauf des dem Staate gehörenden Akademieviertels machten, zu entschuldigen, indem sie schreibt:

„Unmöglich konnte der Träger der Krone, der zu derartigen Spezialstudien schwerlich die Zeit und auch kaum die Möglichkeit hatte, über Rechtsverhältnisse, die so schwieriger Natur waren, daß die zuständigen Vertreter des Staates sie falsch beurteilten, besser unterrichtet sein. Liegt hier wirklich ein Rechtsirrtum vor, so wird das Hohenzollernhaus nicht zögern, dem Staate zu geben, was des Staates ist."

Selbst angenommen, daß diese Behauptung über die Rechtsunkenntnis des Königs im Zeitpunkt des Verkaufes richtig wäre, so steht doch fest, daß bereits zwei Jahre nach dem Verkauf das Justizministerium auf die Sache aufmerksam wurde und ein Gutachten einreichte, worin die Unrechtmäßigkeit des ganzen Geschäfts dargelegt wurde. Dieses Gutachten kann dem Träger der Krone nicht unbekannt geblieben sein. Hat die Feststellung des Justizministeriums, daß das Akademieviertel bereits vor dem Verkauf an den Staat diesem selber gehörte, nun den Monarchen veranlaßt, die unrechtmäßig eingesäckelten 14½ Millionen schleunigst herauszugeben? Er hat gar nicht daran gedacht, obwohl ihm noch 16 Regierungsjahre Zeit dazu geblieben sind! Das nennt die „Kreuzzeitung": „das Hohenzollernhaus wird nicht zögern, dem Staate zu geben, was des Staates ist". — Unter „nicht zögern" versteht man gemeinhin etwas anderes.

*

Das Gros der alldeutschen Presse versucht gar keine sachliche Widerlegung der Heilmannschen Ausführungen, sondern ergeht sich nach bewährter Methode in den wüstesten persönlichen Schmähungen des sozialdemokratischen Fraktionsredners. Wieweit dabei die Geschmacklosigkeit getrieben wird, zeigt die „Post", die unserem Genossen sogar seine rötliche Haarfarbe zum Vorwurf macht. Das ist das geistige Niveau der Deutschnationalen! Gegenüber einer Behauptung der „Deutschen Tageszeitung", die unter Wiederholung einer Verdächtigung der „Kölnischen Volkszeitung" Genossen Heilmann als „ehemaligen Sklarz-Angestellten" bezeichnet, bittet dieser uns mitzuteilen, daß er weder jemals Angestellter von Sklarz gewesen ist, noch sonst mit ihm in geschäftlichen Beziehungen gestanden hat.

Altersgrenzen und Parteipolitik.

Der preußische Finanzminister Genosse **Lüdemann** schreibt uns:

In der „Vossischen Zeitung" vom 27. November, Nr. 581, hat der Rechtsanwalt Eyck (gezeichnet E. E.) unter der Ueberschrift „Altersgrenze und Parteipolitik" Ausführungen gemacht, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Es heißt in dem Aufsatz:

„Aber ein Argument hätte keinesfalls für die Altersgrenze geltend gemacht werden sollen, und gerade das war der Kernpunkt der Rede, mit der der sozialdemokratische Finanzminister Lüdemann sie befürwortet hat: Die Altersgrenze soll dazu dienen, „den Staatsbeamtenapparat an die veränderten Verhältnisse anzupassen". Er hat ausdrücklich davon gesprochen, daß „Sozialdemokraten in die Verwaltung hereingeholt" werden müssen."

Wenn Herr Eyck die Rede im Wortlaut angehört oder den stenographischen Bericht durchgelesen hätte, dann würde er nicht zu dem vorstehend wiedergegebenen Urteil gekommen sein. Herr Eyck stützt sich ausschließlich auf die bekanntermaßen unzulängliche und stark gekürzte Wiedergabe von Parlamentskorrespondenzen. Daß diese eigentlich nie eine Rede richtig wiedergegeben, ist in Pressekreisen zu sehr bekannt, als daß ich es hier noch auseinanderzusetzen brauche, aber ich halte es doch für notwendig, daß in der Oeffentlichkeit bekannt wird, was ich eigentlich gesagt habe. Meine Rede lautete — nachdem ich auf die Notwendigkeit, jüngere und leistungsfähigere Beamte an die Stelle der überalterten zu setzen, hingewiesen hatte — wörtlich:

„Das, worauf es ankommt, meine Herren und Damen, ist doch, daß überall der richtige Mann an die richtige Stelle gesetzt wird, das heißt also, daß der Mann, der die richtige Vorbildung, das richtige Maß von Kenntnissen und Erfahrungen besitzt auf dem Gebiete, auf dem er sich betätigen soll, berufen wird. Wenn derartige Persönlichkeiten in der Beamtenschaft nicht vorhanden sind, müssen sie im Interesse des Staates, im Interesse der richtigen Erfüllung der gestellten staatlichen Aufgaben aus anderen Kreisen herbeigeholt werden. Nicht darum handelt es sich, in den Staatsdienst Persönlichkeiten hineinzubringen, die für diesen Staatsdienst nicht geeignet sind, sondern gerade diejenigen hereinzuholen, die am besten dazu geeignet sind."

Daraus ergibt sich, daß der Sinn meiner Ausführungen ganz anders war, als es nach den Darlegungen des Herrn Eyck erscheinen konnte. Infolge meiner vorstehend wiedergegebenen Worte wurde aus dem Hause der Zuruf laut: „Sozialdemokraten." Auf diesen Zuruf antwortete ich wörtlich: „Auch Sozialdemokraten müssen hereingeholt werden, selbstverständlich", fügte aber wörtlich hinzu:

„Denn, verehrte Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses, es liegt doch im Wesen der Republik und der Sozialdemokratie, daß die Zeiten vorüber sind, wo ganze Schichten der Bevölkerung vom Staatsdienst ausgeschlossen waren. Wir fassen allerdings unsere Aufgabe so auf, daß wir ohne Ansehen der Parteirichtung heute jedem gestatten, sich im Staatsdienst zu bewähren."

Dieser Auffassung wird doch sicherlich niemand, der ehrlich denkt, widersprechen können.

Unrichtig ist es aber, wenn angedeutet wird, daß jetzt „Stellen freigemacht werden eigens zu dem Zweck, um parteipolitisch zuverlässige Leute in ihnen unterzubringen". Das ist niemals geplant gewesen, und das ist auch niemals die Absicht des Gesetzes, betreffend die Altersgrenze, gewesen.

Die Kinderspeisung. Die von den amerikanischen Quäkern gemeinsam mit dem deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe im unbesetzten Deutschland eingeführte Kinderspeisung ist, wie die „B. Z. am Mittag" hört, jetzt auch im besetzten Gebiet, wo das Elend unter den Kindern ebenso groß ist, eingeleitet worden. Nachdem die Vertreter Belgiens und Frankreichs in der Rheinlandkommission die an sie herangetretene Anregung der Quäker freundlich aufgenommen hatten, ist mit der Speisung begonnen worden. In den von Franzosen, Amerikanern und Belgiern besetzten Gebieten untersteht sie der Leitung der amerikanischen Quäker. Im englischen Besatzungsabschnitt wird sie von englischen Quäkern ausgeführt.

Soziologie des Geschehens.

Die Aufzeichnung der entwicklungsgeschichtlichen Tendenzen in der menschlichen Gesellschaft ist ebenso Aufgabe der Nationalökonomie wie der Soziologie. Diese letztere ist trotz hervorragender Vertreter ihrem Wesen und ihrer Bedeutung nach noch wenig bekannt. Gerade die nachrevolutionäre Zeit hat dies in einem erschreckenden Umfang bewiesen. Der Radikalisierungsprozeß der in breiten Massen des Volkes eingesetzt zu haben schien, wurde vielfach auf soziologische Momente zurückgeführt, während ihn in Wirklichkeit psychologische Gesichtspunkte bedingten.

Eine soziologische Entwicklung hat nicht nur die Unaufhaltsamkeit auf der einen, sondern ebenso die Gleichmäßigkeit, die Beharrlichkeit, die Kontinuität (Aneinanderkettung) auf der anderen Seite zur Folge. Die Entwicklung zur Revolution war eine soziologische in dem Sinne, daß im Schoße der alten Gesellschaft organisch jene neuen Keime erwuchsen, die eines Tages an die Oberfläche traten und die Stelle des bisherigen Gesellschaftszustandes einnahmen. Die Entwicklungslehren von Darwin, Marx und anderem sind soziologisch, indem sie gleichfalls den Werdegang der Gesellschaft aufhellen und ihren Prozeß als solchen wissenschaftlich erklären. Die Entwicklung, die die deutsche Revolution seit dem 9. Nov. einschlug, ist selbstverständlich gleichfalls soziologisch bedingt; wie denn eine andere Entwicklung überhaupt nicht möglich ist. Aber ihre einzelnen jeweiligen Erscheinungsformen, ihre Augenblicksereignisse, ihre scheinbaren Höhe- und Tiefpunkte sind im einzelnen und als solche nicht Ausflüsse einer soziologischen Entwicklung, sondern es sind psychologische Faktoren hierbei entscheidend beteiligt.

Die praktische Bedeutung dieser Einsicht wird durch folgende kurze Betrachtung erhellt: Von linksradikaler Seite wurde und wird unablässig darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie durch eine positive Aufbaupolitik den Radikalisierungsprozeß der Massen nicht aufzuhalten imstande sei. Die soziologischen Grundsätze sollen nach kommunistischer Auffassung zu jenem Entwicklungsstadium hinführen, das angeblich in Rußland seinen entwicklungsmäßigen Höhepunkt erreicht hat. Diese Behauptung beweist die Unkenntnis der soziologischen Auffassung durch jene, die sie am besten zu vertreten behaupten. Um die Entwicklungstendenzen der jüngsten zwei Jahre bis in ihre letzte Folgerichtigkeit aufzudecken, hierzu fehlt uns auch das geringste Maß jener Distanz, ohne die ökonomische Gesetze überhaupt nicht erkannt werden können. Die angebliche Radikalisierung der Massen entspricht vielmehr in Wirklichkeit einer den gegenwärtigen Verhältnissen entsprungenen und nur zu begreiflichen Verzweiflungsstimmung, die in dem Augenblick organischen Entwicklungsmöglichkeiten wieder Platz macht, in dem die Grundbedingungen für diese erneut geschaffen sind. Nach Ludwig Feuerbachs skeptischem, aber doch so einsichtsvollem Wort ist der Mensch das, was er ißt. Die Hinneigung zu unerprobten politischen Formen ist letzten Endes bedingt durch die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse. Ein Teil der Arbeiterschaft glaubt, da es auf diesem Wege nicht zu gehen scheint, es mit besserem Erfolg auf anderem Wege zu versuchen. Wer die Richtigkeit dieser Auffassung unterschreibt (und das wird auch von kommunistischer Seite geschehen müssen), wird zugeben, daß diese Momente rein psychologischer Natur sind, und zwar massenpsychologischer wie individualpsychologischer. Bis wir in der Lage sein werden, die soziologischen Gesetze, die die Entwicklung der letzten zwei Jahre maßgebend bestimmten, einwandfrei zu erkennen, wird wohl noch eine gute Spanne Zeit verfließen müssen.

Literatur.

Die roten Tage. Roman von A. H. Zeiz. Im Erich Reiß-Verlag, Berlin W., Wichmannstr. 10, ist kürzlich Zeiz's neues Werk: Die roten Tage, erschienen. Ueber die brausenden Geschehnisse der Revolution ist schon manche Dichtung veröffentlicht worden. Der Roman der Revolution von 1918 ist wohl noch nicht erstanden. Ein Vorzug „der roten Tage" ist es aber, daß der Schriftsteller dieses Werk während der revolutionären Monate erstehen ließ. Dadurch hat es an Frische gewonnen. Man fühlt den heißen Atem der Revolutionszeit. Hier todesmutiger Idealismus, dort bängliches Zaudern, kleinliches Erwägen oder gar schnödes Pöstenjägertum, erkämpft durch Aufgabe der Ehrlichkeit und Reinheit der Ueberzeugung. Nur wenige Gestalten leuchten klar umrissen aus dem Strudel neuen Werdens hervor. Es ist als ob wir in ein nebelgehülltes Tal schauen, wo alles im wirbelnden Chaos erscheint, nur selten schärfere Konturen sichtbar werden. So wird auch zugleich die Revolution mit ihrem unklaren Gestalten bildhaft gegeben. Wie glühendes Eisen werden stürmende Worte hingegossen und schreckhafte Gemälde der Gesellschaftskatastrophe tauchen auf. Die kraftvolle Art der Darstellung ist ein Vorzug des Werkes. Das Buch wird sicherlich mit starkem Interesse gelesen werden. (Preis geheftet 15 Mark.) L.

Theodor Thomas „In Vaters Rosen". Lustige Geschichten. Berlin, Vorwärts-Verlag.

Ueber humorbegabte Federn hat die Partei nicht allzu reichlich zu gebieten. Umso beachtenswerter erscheint daher ein Buch, wie das vorliegende, in dem sich eine Anzahl launiger Geschichten vereinigt findet, wie sie der Alltag jede Stunde werden läßt, ohne daß sie von dem richtigen Auge geschaut und von der richtigen Feder geschildert zu werden pflegen. Es gehört eine besondere Begabung dazu, das Leben — auch das Proletarierleben — von der humoristischen Seite zu erfassen. Es ist nicht alles Trübsal und Dunkelheit, Not und Ungemach, was sich in den breiten Volksschichten abspielt. Das haben uns Leute, wie Reuter, Raabe und Busch zur Genüge bewiesen. Wer das Leben liebt, dem lacht es entgegen — auch unter Tränen. Und nun hat Theodor Thomas, unser Frankfurter Parteigenosse, dessen besondere Begabung nach dieser Richtung hin sich schon des öfteren bewährt hat und der auch in unserer „Volksstimme" mancherlei Beiträge veröffentlichte, eine ganze Anzahl derartiger, launig erzählter Geschichten, zu einem Buche vereinigt, das, ohne literarisch anspruchsvoll zu sein, geeignet ist, dem Leser eine vergnügte Stunde zu bereiten. Aus seiner eigenen Lehrlings-, Wander- und Gesellenzeit plaudert er, lachende Bilder läßt er vorübergleiten. Seine Erzählweise ist schlicht, lebensecht in der Wirkung. Dem mit einer hübschen, humorvollen Umschlagszeichnung versehenem Buche ist eine möglichst weite Verbreitung und somit ein voller Erfolg zu wünschen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Eisenbahnerstreik in Norwegen.

Kopenhagen, 2. Dezember. „Berlingske Tidende" meldet aus Kristiania: Der Eisenbahnerstreik ist gestern zum Ausbruch gekommen. Der Postverkehr, der wichtigste Reisendenverkehr und die Versorgung mit Lebensmitteln werden aufrecht erhalten. Sympathiestreiks der Transportarbeiter, der Hafenarbeiter, der Küstenschiffer und anderer Arbeitergruppen stehen in Aussicht.

Unruhen in China.

Amsterdam, 2. Dez. Einer Reutermeldung aus Schanghai zufolge sollen aufrührerische chinesische Truppen die Stadt Itschang in Brand gesteckt haben. Die Banken und ausländischen Handelshäuser seien zerstört.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; für „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanzke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil R. Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzig, sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle Gr. Ulrichstr. 27.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Unter Vereinsanzeiger sollen alle Veröffentlichungen aus dem Vereinsleben, auch Todesanzeigen, gebracht werden.

Roßbach. Sonntag, den 5. Dezember 1920, abends 7 Uhr, findet im Rühlemannschen Gasthof unsere nächste Mitgliederversammlung statt. Da eine sehr wichtige Tagesordnung vorliegt, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. Unter anderem werden die Vorstandswahlen vorgenommen. Ein Referent ist zur Stelle. **Der Vorstand.**

Zscherndorf. Sonnabend, den 4. Dezember 1920, abends 8 Uhr, im Gasthof Schröder, **Mitgliederversammlung der S. P. D.** Referent: Gen. Flüchs-Halle. Keine Genossin, kein Genosse versäume den Besuch. **Der Vorstand.**

Wolfen. Mittwoch, den 8. Dezember 1920, abends 8 Uhr, im Gasthof Heinrich Stein [illegible] **außerordentliche Mitgliederversammlung der S. P. D.** Gen. Flüchs-Halle spricht über das Thema: „Was geht in Deutschland vor?" Einem vollzähligem Besuch sieht entgegen **Der Vorstand.**

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Weizenmehl an Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen, ferner an alle Haushalte Verkauf von Milchpulver, Milchsüßspeise, Malzextrakt und Roßrot- und Leberwurst in der Talamtschule, am Sonnabend, den 4. Dezember 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 78 501—84 500 vormittags von 8—1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person der Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen 100 Gr. Weizenmehl zum Preise von 30 Pf. für 100 Gr., ferner an jede Person aller Haushalte 100 Gr. Milchpulver zum Preise von 1,60 Mk. für 100 Gr., 2 Pakete Milchsüßspeise zum Preise von 1,10 Mk. für 2 Pakete, 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 Mk., sowie eine ½-Kilo-Dose Roßrot- oder Leberwurst zum Preise von 5 Mk. abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Bitterfeld

Bekanntmachung.

Diejenigen Einwohner, welche sich mit Kartoffeln zur menschlichen Ernährung bis Ende Dezember noch nicht eindecken konnten, wollen sich im Lebensmittelamt, Zimmer 3, bis zum 10. Dezember melden.

Bitterfeld, den 2. Dezember 1920.
Der Magistrat. Heinrich.

Weißenfels

Quark-Verkauf.

Von heute mittag 1 Uhr ab findet in nachstehenden Geschäften gegen Abgabe der 1. Quarkmarke Verkauf von Weißquark statt. Auf jede Marke werden 200 Gramm zum Preise von 1.— Mk. abgegeben.

Petzold, 3621—4650

Die Abholung hat bis zum 4. 12. zu erfolgen.

Zu verkaufen

Prima enger **Damen- und Kinderstiefel** zu verkaufen. Racke, Hofmannstr. 11a.

Chaiselongues
mit pr. Bezügen und Decken,
Stoff- u. Plüsch-Sofas,
prima Friedensware-Bezüge, prima Verarbeitung u. Materialien, verkauft billig
E. Maß.
Charlottenstraße 9.

Dreifrucht-Marmelade
Aepfel, Himbeeren, Pflaumen.
Weißenfelser Marmeladenfbr.
Ladenverkauf: Jüdenstr. 27.

Kaufgesuche

Hasenfelle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebrüder Danglowitz
Fellhandlung.
Fischerplan 2.

Vermischtes

Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
stark radium. alt. Schmiedebg Moor- u. medizinischen Bäder.

Akademiker und Sozialdemokratie
Von Wally Zepler. Preis Mk. 1.10
Die Broschüre ist eine Einführung in die geistige Welt des Sozialismus. Sie zeigt, wie der Geist im Kapitalismus dem Worte nach frei, der Tat nach aber in Ketten geschlagen ist, die nur der Sozialismus lösen wird.
Buchhandlung „Volksstimme"
Große Ulrichstraße 27.

Grammophonplatten
Neueste Aufnahmen
Musikinstrument., Saiten
Ersatzteile jeder Art
Reichhaltige Auswahl
Niedrigste Preise
C. Dorn, Oleariusstr. 6 a
am Hallmarkt.

Wo? bekommen Sie für wenig **Geld** einen gutsitzenden **Anzug u. Paletot?**
Nur bei
O. Helmsath & Sohn,
Steg 19.

In keinem
Arbeiter-Haushalt
sollte die
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
von Dr. med. Zadeck fehlen.
Preis für jedes Heft
1.45 Mk.
Verlangen Sie Verzeichnis
Buchhandlung der
Volksstimme
Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201203-18/fragment/page=0008